

Inhalt



Schleusen mal anders – Grenzkontrolle am Nord-Ostsee-Kanal

Ob Stückgutfrachter oder Fedderschiff: der Kapitän verwahrt die Pässe für seine gesamte Besatzung.

Seite 11



First aid for police officers

Dealing with injured people is hard enough in your native language, but what if the victim only speaks English?

Seite 28



Gewinn durch Verzicht: Fasten – ein Erfahrungsbericht

kompakt-Redakteurin Ines Rabe übte Verzicht – und erlebte einen Neustart für Körper und Geist.

Seite 33

■ Titelthema

- Die Verwaltung der Bundespolizei. 4
- Papiertiger nützen der Organisation nichts. 8
- Kommentar. 10

■ In- & Ausland

- Schleusen mal anders – Grenzkontrolle am Nord-Ostsee-Kanal. 11
- Bundespolizeidirektion München tritt der „Charta der Vielfalt“ bei . 14
- Außenansicht 16
- Die Bundespolizei im Lage- und Führungszentrum „Sicherheit im Luftraum“. 17

■ Personal & Haushalt

- Aufgeschoben – nicht aufgehoben: Bundesweite Einführung von ePlan kommt später 18
- 5 Fragen an 21
- Im Gedenken 22

■ Portrait

- „Solide Büroarbeit“ in der Bundespolizei 24

■ Recht & Wissen

- Damals: Bombenalarm im Ministerium – und was macht der Chef? 26
- First aid for police officers. . . . 28

■ Sport & Gesundheit

- Der Defibrillator: ein Lebensretter 30
- Gewinn durch Verzicht: Fasten – ein Erfahrungsbericht . 33

■ Technik & Logistik

- Die Bundespolizei taucht ab . . . 36
- Körperscanner – ein großer Fortschritt in der Sicherheitstechnik. 39

■ Leserbrief

- 41

■ Zu guter Letzt

- Respekt 43

Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium

Redaktion

Ivo Priebe (V.i.S.d.P.)
Anja Voss, Daniel Nedwed,
Marcus Bindermann, Nathalie Lumpé,
Ines Rabe, Daniela Scholz, Ulrike Wulf,
Torsten Tiedemann, Thomas Borowik,
Thorsten Völlmecke, Sven Drese,
Christian Altenhofen, Rudolf Höser,
Kurt Lachnit, Torsten Tamm

Anschrift

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon

0331 97997-9405, -9407

Telefax

0331 97997-9411

E-Mail

redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Intranet Bundespolizei

kompakt.polizei.bund.de

Internet

bundespolizei.de/kompakt

Layout & Satz

Fachinformations- und Medienstelle
der Bundespolizei

Druck

Bonifatius GmbH
Paderborn

Auflage

11 600

Erscheinung

6-mal jährlich

Wir danken allen Autoren für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge.

Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung und Änderung von Beiträgen vor.

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2-2013

13. Februar 2013

Titelbild

Fachinformations- und Medienstelle
der Bundespolizei



Liebe Leserinnen und Leser,

das Titelthema und damit der Schwerpunkt unserer aktuellen **kompakt** ist diesmal dem nicht uniformierten Teil der Bundespolizei gewidmet. Ich glaube, dass nicht wenige Leserinnen und Leser mit „Endlich!“ und „Wird Zeit!“ darauf reagieren. Denn unsere Organisation verfügt über mehr ziviles Know-how, als die Eine oder der Andere vielleicht manchmal zugeben möchte. Ungefähr 7 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei gehören nicht dem Polizeivollzugsdienst an. Eine große Zahl und – wie alle großen Zahlen – eine ziemlich abstrakte. Was und vor allem wer verbirgt sich dahinter?

Schon bei unseren ersten Recherchen stellten wir erstaunt fest, dass es mehr als einhundert Tätigkeiten und Berufe in der Verwaltung unserer Behörde gibt, die auch häufig von Tarifbeschäftigten ausgeführt werden. Die Spanne reicht dabei von A wie Arzt über B wie Bunkerwart und H wie Hufschmied bis hin zu Z wie Zeichner. Klar ist vor allem eines: Ohne die Beamten und Tarifbeschäftigten der Verwaltung wäre die Erfüllung des polizeilichen Auftrags nicht möglich. Für die Redaktion der **kompakt** ist dies ein Grund, diesen vielen fleißigen Köpfen und Händen im Hintergrund einmal „Danke!“ zu sagen.

Dass die Rahmenbedingungen in diesem Bereich oft schwierig sind, ist kein Geheimnis. Das wird bei Themen wie Eingruppierung, Anschlussverwendungen nach der Ausbildung, Beförderungen, Aufstieg und Stelleinsparungen deutlich. Der uniformierte Teil der Bundespolizei ist in vielen Bereichen zumindest gefühlt besser gestellt.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass der Vizepräsident des Bundespolizeipräsidioms, Dr. Franz Palm, im Interview zu Themen, die viele Kolleginnen und Kollegen bewegen, als Verwaltungschef Stellung bezogen hat.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Traditionell gedenken wir in der ersten Ausgabe des Jahres unseren Kolleginnen und Kollegen, die im letzten Jahr im aktiven Dienst stehend verstorben sind. Wir vermissen sie!

Ihr Ivo Priebe
Redaktion Bundespolizei kompakt



Titelthema

Vielfalt und Verantwortung: Die Verwaltung der Bundespolizei

Als Behörde verfügt die Bundespolizei über verschiedenste Organisationseinheiten der Verwaltung, die die inneren Angelegenheiten regeln und die Behörde auch nach außen hin vertreten. Das Spektrum reicht von der „klassischen“ Personalbewirtschaftung über Haushalts- und Beschaffungsangelegenheiten sowie den Bereich Aus- und Fortbildung bis hin zu beispielsweise der zentralen Bußgeldbearbeitung. Rund 7 500 Beschäftigte sorgen – oft im Hintergrund – dafür, dass die Bundespolizei ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen kann.

Viele Wege führen in die Verwaltung ... vor allem in die der Bundespolizei. Der

Einstieg in die Tätigkeit als Beschäftigter in der Verwaltung der Bundespolizei unterscheidet sich allerdings

erheblich von dem der Polizeivollzugsbeamten. Letztere absolvieren in der Regel die Laufbahnausbildung



zu Verwaltungsfachangestellten und Kraftfahrzeug-Mechatronikern, aber auch zu Fluggerät-mechanikern oder medizinischen Fachangestellten.

5

Von den Bürgern wird die Verwaltung nur selten als eigenständiger Tätigkeitsbereich wahrgenommen.

Dieser Umstand beruht darauf, dass landläufig mit der Bezeichnung „Bundespolizei“ die polizeilichen Aufgaben verbunden werden. Lediglich im Umgang mit Vertragspartnern wie beispielsweise der Deutschen Bahn AG oder den Flughafenbetreibern tritt die Verwaltung nach außen erkennbar in Erscheinung. Mit dem Bürger sind vornehmlich Schriftwechsel und Bescheide bei der Bußgeldbearbeitung bis hin zum Klageverfahren, die von den Justizariaten verfasst werden, Gegenstand direkten Verwaltungshandelns. Letztlich bleibt beim Bürger eher der Name Bundespolizei auf dem Briefkopf haften – nicht aber die Organisationseinheit aus der Verwaltung.

innerhalb der Bundespolizei für den mittleren Dienst in einem der fünf Aus- und Fortbildungszentren, für den gehobenen Dienst an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung oder aber für den höheren Dienst an der Deutschen Hochschule der Polizei. Anders hingegen ist es bei den Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten. Zum einen gibt es Beamte, die im Vorbereitungsdienst bereits im Beamtenverhältnis auf Widerruf ihre Ausbildung im mittleren oder gehobenen nicht technischen Verwaltungsdienst absolvieren. Für angehende Beamte im Bundesdienst erfolgt die Ausbildung beim Bundesverwaltungsamt in Köln beziehungsweise beim Fachbereich Allgemeine und innere Verwaltung an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl (Nordrhein-Westfalen). Zum anderen gibt es Auszubildende und Studierende, die

an freien Berufsschulen oder Hochschulen einen Berufs- oder Studienabschluss erlangen und danach bei der Bundespolizei eingestellt werden. Aber auch bei der Bundespolizei selbst absolvieren junge Menschen ihre Ausbildung, so beispielsweise



Eine Verwaltungsmitarbeiterin erläutert ihren Kollegen die Fortbildungsplanung.

Das liebe Geld ...

Sind Verwaltungsbeamte und Polizeivollzugsbeamte statusrechtlich zwar gleichgestellt, so sieht dies bei der Besoldung anders aus. Beide erhalten die Bezüge entsprechend ihrer Besoldungsgruppen und Stufe; doch im Gegensatz zu Polizeivollzugsbeamten steht den Verwaltungsbeamten beispielsweise keine Polizeizulage zu. Auch ist das Eingangsamt, mit dem junge Beamte die Laufbahn im mittleren Dienst beginnen, das der Regierungssekretäre in der Besoldungsgruppe A 6. Ihre Polizeikollegen hingegen beginnen, als Angehörige einer Sonderlaufbahn, ihren Dienst als Polizeimeister in der Besoldungsgruppe A 7.

Wenn sie erkranken ...

Tarifbeschäftigte unterliegen, wie alle Arbeitnehmer, der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht, sofern

ihr jährliches Bruttoeinkommen eine Grenze von derzeit 52 200 Euro nicht überschreitet. Sie sind deshalb entweder Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, freiwillig versichert oder haben, in seltenen Fällen, eine private Krankenversicherung. Anders Verwaltungsbeamte: Sie haben einen Beihilfeanspruch des Bundes und versichern den Eigenanteil, der in der Regel 50 – bei zwei berücksichtigungsfähigen Kindern lediglich 30 – Prozent beträgt, bei einem Versicherungsanbieter ihrer Wahl. Polizeivollzugsbeamte hingegen haben Anspruch auf Heilfürsorge, die als Sachleistung an die Besoldung geknüpft ist.

Und am Ende der Dienstzeit?

Auch am Ende der Dienstzeit unterscheiden sich Verwaltungsbeamte und Angestellte von den Polizeivollzugsbeamten. Während diese

momentan in einer Regelaltersgrenze von 62 Jahren in den gesetzlichen Ruhestand eintreten, können Verwaltungsbeamte ihre Pension erst mit Erreichen des 67. Lebensjahres genießen. Ausnahmen bilden hierbei die gesetzlichen Regelungen zu einer besonderen Altersgrenze, die für Beamte gilt, die – gleich ob im Verwaltungs- oder Vollzugsdienst – vor 1964 geboren wurden. Tarifbeschäftigte hingegen sind Beitragszahler in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Geht man, wie in der Statistik, von einem sogenannten „Eckrentner“ aus, also einer fiktiven Person, die 45 Jahre aus einem Einkommen Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, dann liegt die durchschnittliche Regelaltersgrenze für den Rentenbeginn der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst wie in der Wirtschaft beim 65. Lebensjahr.

Bo
Küchen
Tier-/Zv
Schreib
Muni
Sachbearb
Leiter
Fachk
Flugga
Fachkräf
Medi

Junge Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten im zweiten Lehrjahr



Dekan Prüfer Warenein-/ausgang
 Bootshandwerker Fahrbereitschaftsleiter
 Reinigungskraft Präsident/Vizepräsident
 Buchführer **Musiker** Professor
 Vingerwart Referent
 Kraft/Bürokräft Fachhochschullehrer
 tionsarbeiter Wart für Seenotgerät
 beiter **Mechaniker** Waffenmechaniker
 Lehrküche Fachkraft Kfz-Wartung/Pflege
 kraft Arbeitssicherheit Bunkerwart
stkontrollkraft Vervielfältiger
 Hufschmied
 ft IKT Geprüfter Meister für Bäderbetriebe
 engestalter **Triebwerkmechaniker**
Pfarrer Elektroniker Beschäftigte TVöD Statistik
 Übersetzer **Betriebstechnisches Personal**
 Technisch seemännische Fachkraft Mehrzweckschiff
 Fachkraft FEM Wart für Sportgeräte/Sportstätten
 Kfz-Mechatroniker

Hubschraubermechaniker

Pferdepfleger Handwerker Mechaniker W/T/ABC
 Schwimmmeistergehilfe Wart für Diensthundeausbildungsanlage
Bundespolizeiliche Unterstützungskraft
 Leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit Bekleidungshandwerker
Leiter Bundespolizeiorchester Vermittlungsangestellter
 Zeichner **Bürosachbearbeiter** Pförtner/Wächter
 Justiziar Küchenhilfskraft
 Kammerarbeiter Fachkraft für Raumschießanlagen Technischer Zeichner
 Liegenschaftspersonal **Datenschutzbeauftragter** Vorzimmerkraft
 Fotograf/Laborant **Medizinische Assistenzkraft**
 Ver- und Entsorger
Fachkraft Wartung/Pflege Wart für Unterkunft **Arzt**
 Hallenwart Beschäftigte BAN/INPOL Satzführer Lagerarbeiter
Bote Feinmechaniker Ausrüstungsmechaniker
Kraftfahrer Facharbeiter für Materialwirtschaft **Koch**
 Referatsleiter/Stabsbereichsleiter
Beschäftigte TVöD Dauerdienst
 Beschäftigte im Bibliotheksdienst
 Fernmeldemechaniker

Bundespolizei – eine Administrative, wie sie im Bilderbuch steht?

Vergleicht man die Verwaltung der Bundespolizei mit der anderer Behörden, so fallen zunächst keine großen Unterschiede auf. Verwaltungsbe-

amte, Tarifbeschäftigte, aber auch Polizeivollzugsbeamte bewältigen Tag für Tag in den Behörden und Dienststellen vielfältige Verwaltungsaufgaben. Doch sind es nicht die Aufgaben als solche, die diese Organisation von anderen unterscheidet. Es sind auch heute noch die Folgen der zurückliegenden Reformen, die das Bild

prägen. Die tiefgreifende Veränderung wurde schlichtweg „überarbeitet“. Ein zwiespältiger Zustand. Manche Wunden sind noch lange nicht verheilt.

Negative Gefühle, die mit der Abschichtung oder Umschichtung von Aufgaben verbunden werden, wirken bei einigen auch heute noch nach.



Doch ist es der Blick in Zukunft, der unerlässlich ist. Begleitet wird er von ersten positiven Erfahrungen, die administrative Tätigkeiten festigen und sie in eine Struktur einbetten. Gemeinsam arbeiten alle drei Gruppen daran, die Organisation nach vorn zu bringen. Tarifbeschäftigte, Verwaltungsbeamte und Polizeivollzugsbeamte halten die Verwaltung zusammen. Auch wenn es hier und da noch zwickt und jetzt erst die berühmten „richtig dicken Bretter gebohrt werden müssen“, so sieht man bereits die Skizze im Bilderbuch. Das gemeinsame Ausmalen hat begonnen!

*Thorsten Völlmecke,
Marcus Bindermann*

Eine Fachkraft für Informations- und Kommunikationstechnik prüft eine Verbindung im Netzwerkschrank.



„Papiertiger nützen der Organisation nichts.“

Der Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Franz Palm, im Gespräch mit *kompakt*-Redakteur Daniel Nedwed zur Rolle der Verwaltung und der Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeber sowie über seine ersten Monate im Amt.

kompakt: Herr Dr. Palm, wie haben Sie die Bundespolizei in Ihren ersten sechs Monaten kennengelernt?

Dr. Palm: Als anstrengend (lacht), was schlicht an der Fülle der Aufgaben liegt, mit denen ich hier täglich konfrontiert bin. Aber das ist nur der eine Aspekt. Der andere ist: Ich erlebe die Bundespolizei auch als gestaltbar. Viele Probleme müssen in die Hand genommen, genau analysiert und gelöst werden. Genau das versuche ich seit knapp sechs Monaten.

Als Verwaltungsvize verantworte ich ja nicht nur die materiellen Be-

dingungen, unter und mit denen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei arbeiten, sondern auch den Bereich Personal. Ich bin also auch für die Menschen – wenn man so sagen will – ganzheitlich verantwortlich. Von der Einstellung bis zur Pensionierung. Deshalb ist es mir sehr wichtig, neben der Verbesserung der materiellen Bedingungen auch Projekte wie ein behördliches Gesundheitsmanagement ins Leben zu rufen, um diejenigen zu unterstützen, die Hilfe brauchen. Das ist überfällig. Ich bin sehr froh, dass wir in diesem Projekt sehr gut vorangekommen sind.

Wir sind aktuell auch dabei, die Nachwuchsgewinnung zu intensivieren, um der drohenden Überalterung etwas entgegensetzen zu können. Ich hoffe, dass wir dieses Projekt 2013 starten können. In der Bundespolizei gibt es schon eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber auch hier kann man optimieren. Wir werden deshalb die gesamte Bundespolizei durch Externe zertifizieren lassen. Wir wollen unser neues Personalentwicklungskonzept erfolgreich zu Ende bringen – und es mit Leben füllen. Papiertiger nützen der Organisation nichts.

kompakt: Sind Sie der Sparkommissar der Bundespolizei?

Dr. Palm: Ich möchte die Menschen erreichen, die in und für die Bundespolizei arbeiten, ihre Motivation stärken, damit sie gerne Teil der Gemeinschaft, der Organisation sind. Ich bin nicht als Sparkommissar nach Potsdam geschickt worden, sondern als jemand, der Kompetenzen im Bereich der Verwaltung hat; mir geht es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, nicht umgekehrt. Und: Natürlich müssen wir den Haushaltskonsolidierungskurs der Bundesregierung mittragen, aber mit Augenmaß. Früher, noch als Haushaltsbeauftragter des BMI, bestand die Bundespolizei für mich nur aus Zahlen. Jetzt lerne ich die Menschen dahinter kennen. Das ist ein spannender Prozess.

kompakt: Welche Rolle nimmt die Verwaltung in der Bundespolizei aus Ihrer Sicht ein?

Dr. Palm: Polizeiarbeit ist die Hauptaufgabe – aber sie kann nur auf der Basis einer gut aufgestellten, effektiv arbeitenden Verwaltung gelingen. Die Verwaltung ist das Rückgrat jeder Behörde. Ohne sie geht gar nichts.

Die Verwaltung hat in den letzten Jahren massiv unter Einsparungen gelitten. Ich denke dabei zum Beispiel an die Stelleneinsparungen, die überwiegend zulasten des Verwaltungsbereiches gegangen sind, mit all den negativen Konsequenzen, die wir in der täglichen Arbeit erleben. Ich setze mich daher sehr dafür ein, dass wir besonders die Situation der Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten verbessern; diese Bereiche sind in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden.

kompakt: Die Bundespolizei bietet nur wenige Fortbildungen für den Verwaltungsbereich. Ist die Verwaltung für die Bewältigung der Zukunft gewappnet?

Dr. Palm: Da kommen zwei Dinge zusammen: Zum einen müssen sich die Vorgesetzten vermehrt gezielt um Anmeldungen zu Fortbildungsmaßnahmen ihrer Mitarbeiter kümmern. Und ja, zum anderen sehe ich hier zu einer Reihe von Themen tatsächlich Defizite im Fortbildungsangebot, etwa bei der Fortbildung für die Bereiche Liegenschaften, Organisation und Haushalt. Das sind Dinge, die wir noch lösen müssen, vielleicht schaffen wir das ja in den nächsten sechs Monaten. (zinkernd)

kompakt: Viele Beschäftigte beklagen einen Beförderungsstau in der Verwaltung. Wie bewerten Sie die Situation und welche Perspektive gibt es?

Dr. Palm: Von einem Beförderungsstau würde ich nicht sprechen. Aber es fehlen tatsächlich höherwertige Stellen und Planstellen gerade auch im Verwaltungsbereich. Wir sind angetreten, dies zu beheben. Aber wir können dieses Problem nicht allein lösen, das Bundesministerium des Innern muss mitspielen, das Bundesministerium der Finanzen und schließlich der Gesetzgeber. Das sind Prozesse, die Zeit benötigen. Veränderungen stellen sich nicht über Nacht ein, es bedarf auch hier der Geduld der Mitarbeiter.

kompakt: Im Wettbewerb um die besten Mitarbeiter konkurriert die Bundespolizei mit anderen Bundesbehörden und den Ländern. Wie bewerten Sie die Attraktivität der Verwaltungslaufbahnen in der Bundespolizei?

Dr. Palm: Ehrliche Antwort? Im Moment sind wir in diesem Bereich nicht besonders attraktiv. Vor allem nicht in den Ballungsräumen. Das liegt vor allem am Verdienst. Das wollen wir ändern, indem wir höherwertige Stellen und Planstellen einfordern – aber die Rechnung können wir hier nicht ohne den Wirt machen, so wie ich es gerade ausgeführt habe. Ich glaube aber auch, dass wir trotzdem mit einer ganzen Reihe von Dingen punkten können, allem voran mit den sicheren Arbeitsplätzen. Sorge bereitet mir aber auch das demografische Problem, auf das wir zulaufen. Hier wollen wir mit vermehrten Einstellungen und einem neuen Nachwuchswerbekonzept antreten.

kompakt: Abschließend noch eine persönliche Frage. Was ist Ihnen bei der direkten Zusammenarbeit wichtig?

Dr. Palm: Ich suche gerne und bewusst den direkten Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundespolizei, mir ist viel an einem möglichst unkomplizierten Austausch gelegen. Sachgerechte Kritik bringt die Organisation nur weiter, wenn sie auch bei den Verantwortlichen ankommt. Ich bitte aber auch um Verständnis, wenn mir dieser unmittelbare Kontakt in den ersten Monaten nur in Ansätzen gelungen ist. Die Bundespolizei ist einfach riesig, und auch die Aktenberge müssen – meist unter Termindruck – bewältigt werden. Der Mensch steht im Vordergrund, aber die sachlichen Probleme müssen erst durchdrungen werden, bevor man an die Umsetzung und Lösung gehen kann.

kompakt: Herr Dr. Palm, vielen Dank für das Gespräch.

Kommentar:

Kein Arzt in Sicht

10

Es gibt Unternehmensberater, die Firmen und Behörden mit lebenden Organismen vergleichen. So ein Geschöpf kann mal mehr, mal weniger selbstständig agieren, auf innere und äußere Reize reagieren, fit oder krank sein, heißt es. Ein interessanter Gedanke: Man stelle sich vor, die Bundespolizei wäre ein menschlicher Körper.

Zunächst ist da das Hirn, die oberste Chefetage – die dreifaltige Schaltzentrale in Potsdam, in der entschieden wird, was und wie der Körper tun oder lassen soll. Damit der Leib macht, was das Hirn denkt, braucht es eines Nervensystems. Das ist die Führung auf sämtlichen Ebenen, von einer Direktion bis hin zur kleinsten Gruppe einer Inspektion oder Hundertschaft.

Dann ist da der Vollzugsdienst, also verschiedene Organe und Extremitäten wie Augen und Ohren, Arme und Beine, Hände und Füße, Finger und Zehen – die führen aus, was sich das Oberstübchen ausgedacht hat. Sie horchen und beobachten, laufen und ergreifen.

Unermüdlich pressen die Lungen den Sauerstoff ins Blut, damit die Kraft nicht nachlässt. Die beiden Lungenflügel – die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten – sind nicht weniger wichtig als all die anderen Organe, doch sie arbeiten eher im Verborgenen. Vielleicht spricht man deshalb kaum über sie, während die schnellen Beine so reichlich gelobt und die starken Finger laut gepriesen werden.



Gelegentlich kann man sich aber des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Beine stolpern, Finger versteifen und ins Leere greifen würden. Dann stößt die Kehle einen lauten Seufzer aus. Der gestählte Körper stöhnt auf unter der stetig wachsenden Last auf seinen Schultern. Die Mühsal ist er zwar gewohnt, die macht ihm nichts aus. Er hat schon einiges ausgehalten und bisher hat er es immer geschafft, sich wieder aufzurichten. Doch die Schmerzen, die sein Inneres quälen, lassen nicht nach, sie werden immer stärker. Die Lunge schrumpft und sie brennt, ihr geht die Luft aus. Gehorsam büßt sie ihre Leistungsfähigkeit ein – wie befohlen, wie vorgeschrieben ...

Aber wer weiß schon, woran es liegt? Wer denkt daran, dass jedes Jahr planmäßig 1,5 Prozent der Stellen in der Verwaltung eingespart werden, obwohl die Arbeit nicht weniger wird? Wen kümmert es, dass der Organismus „Bundespolizei“ deshalb unter akuter Atemnot leidet?

Das hehre Ziel, möglichst viele Uniformierte auf die Straße zu schicken, scheitert daran, dass Polizisten nolens volens Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen, um den drohenden Lungenkollaps zu verhindern. Es ist, als ob sich der Patient selbst intubieren und künstlich beatmen würde.

Die anatomischen Metaphern führen einen aufmerksamen Betrachter – er muss kein Arzt sein – an weitere unbequeme Wahrheiten heran. Es reicht, sich an das universelle Prinzip des Gleichgewichts zu erinnern, um noch mehr Krankheitssymptome zu erkennen als die, die schon auf den ersten Blick sichtbar sind. Wir beklagen den Beförderungsstau im Vollzugsdienst, schimpfen über den „POM-Bauch“. Allzu schnell übersehen wir dabei aber, dass die Verwaltungsbeamten in der Bundespolizei zwei- oder dreimal so lange auf eine Beförderung warten müssen – und dies nicht etwa an einer schlechteren Leistung liegt. Unserer Aufmerksamkeit entgeht gerne auch, dass die Anzahl der Stellenhebungen im Tarifbereich regelmäßig weit, weit hinter den Beförderungen bleibt.

Ist es naiv oder unanständig zu fragen, ob die Selbstheilungskräfte ausreichen, um zu überleben? Ein Arzt ist nicht in Sicht. Höchstens Unternehmensberater – davon aber jede Menge.

Thomas Borowik

Schleusen mal anders – Grenzkontrolle am Nord-Ostsee-Kanal

Hanspeter Schwartz, Pressesprecher der Bundespolizeiinspektion Flensburg, und Bernd Schindler, Präventionsbeauftragter der Inspektion, begleiteten einen Tag lang die Kollegen des Bundespolizeireviere Brunsbüttel bei ihrer alltäglichen grenzpolizeilichen Arbeit in der Schleuse und den umliegenden Häfen.

Doch bevor es losgeht, erläutern uns Jürgen Jachens und Volker Jüngling, die uns heute mit auf ihre Streife nehmen, die zahlreichen Sicherheitsvorschriften, die in der Schleusenanlage zu beachten sind. Besonders weisen sie auf die Gefährlichkeit der Vorsprung der Schiffe hin. Für Nichtseeleute: Die Vorsprung (vordere Leine vom Schiff zum Poller an Land) dient dazu, das Schiff in der Schleuse zu stoppen, und es besteht immer die Gefahr, dass sie unter zu hoher

Belastung bricht. Im Laufe der Jahrzehnte hat es in Brunsbüttel mehrere schwere Unfälle, auch mit tödlichem Ausgang, unter den „Festmachern“ gegeben. „Also, Jungs“, sagt Jürgen Jachens, „Vorsicht, immer hinter der gelben Markierung bleiben und beim Anlegen eines Schiffes weit genug vom Bug wegstehen.“

Im Anschluss bekommen wir einen theoretischen Schnellkurs in Sachen Schiffskontrolle. Den Beamten des Reviers stehen dazu zwei visuelle

Informationssysteme zur Verfügung. Zum einen ist dies das Automatic Information System (AIS), ein Funksystem, das unter anderem Schiffsnamen, IMO (International Maritime Organization)-Nummer, Abgangs- und Zielhafen überträgt. Die IMO-Nummer ist sehr wichtig, da sie – im Unterschied zum Schiffsnamen – immer bei dem jeweiligen Schiff verbleibt, ähnlich wie eine Fahrgestellnummer bei Kraftfahrzeugen. Zum anderen informiert das Europäische Informationssystem für Einreisekontrollen



Über eine schmale Gangway gelangen die Beamten bei der Grenzkontrolle an Bord.

in Seehäfen (EISICS-Verfahren) alle Seehäfen im Schengenraum und die englischen Häfen über die nächsten Anlaufhäfen der Schiffe und die aktuellen Crewlisten. Mithilfe dieser Informationssysteme entscheiden die Beamten, welches Schiff nach den Vorgaben des Schengener Grenzkodexes zu kontrollieren ist.

In Brunsbüttel gibt es vier Schleusenammern; in einer großen Schleusenammer (Länge 320 Meter) können – je nach Größe der Schiffe – gleichzeitig vier bis fünf Schiffe geschleust werden. Doch wie wissen die Kollegen, welche der vier Schleusen sie erreichen müssen,

um das einlaufende Schiff zu kontrollieren? Dafür nutzen sie ein System des Wasser- und Schifffahrtsamtes Brunsbüttel, das ihnen die gegenwärtige Schleusenbelegung anzeigt. Je nach Belegung und Stellung der Schleusentore kann es vorkommen, dass für eine Kontrolle Wege von bis zu 1 700 Meter einfacher Entfernung über die Schleusentore (zu Fuß) zurückgelegt werden müssen. Dabei spielt der Zeitfaktor eine große Rolle, da die Kontrollzeit maßgeblich von der Liegezeit der Schiffe in der Schleuse abhängt. Im ungünstigsten Fall scheint es, dass es auch die Natur mit den Kollegen nicht gut meint; denn wenn der Tidenhub (Pegeldifferenz

zwischen Ebbe und Flut) sehr gering ist, dann ist auch die Ausgleichszeit in der Schleuse sehr kurz. So verkürzt sich folglich die Zeit für die Kontrolle.

Bei bekannten, hier immer wieder verkehrenden Schiffen

wird die aus vergangenen Anläufen vorliegende Crewliste mit der aktuellsten abgeglichen. Anschließend werden die Personendaten aus der Crewliste mit den Daten in den vorgelegten Reisepässen oder Seefahrtsbüchern abgeglichen. Dieser vorgeschriebene Abgleich zwischen dem vorgelegten Reisedokument und der Person kann nur bei den anwesenden Personen, beispielsweise dem Kapitän, Ersten Offizier, Steward oder Rudergänger, auf der Brücke oder im Schiffsoffice durchgeführt werden. Alle anderen Besatzungsmitglieder müssen aufgrund maritimer Betriebs- und Sicherheitsvorschriften während der Schleusenliegezeit auf ihren Manöverstationen verbleiben.

Von der Theorie zur Praxis

Mit Jürgen Jachens und Volker Jüngling begeben wir uns zur sogenannten Nordschleuse. Die „VERA RAMBOW“, ein Fedderschiff (Zubringerschiff für Container), geht an der Schleusenmauer längsseits und die Festmacher legen einen Landgang. Über die wackelige Gangway geht es an Bord des Schiffes und danach sechs Stockwerke aufwärts über enge Treppen. Fahrstühle sind natürlich unbekannt: Man sollte schwindelfrei sein! Jürgen Jachens und Volker Jüngling überprüfen die Dokumente der Besatzung, die aus ukrainischen und philippinischen Seeleuten besteht, und befragen den Kapitän über die Reiseroute und den Zielhafen.

Nach der Kontrolle verlassen wir zügig die „VERA RAMBOW“, um auf das dahinterliegende Schiff zu gelangen. Es handelt sich dabei um den Stückgutfrachter „SEA DISCOVERY“, der aus dem algerischen Hafen Annaba kommt. Dieser Abgangshafen, so klären uns die Kollegen auf, ist bekannt für „blinde Passagiere“.

Jürgen Jachens überprüft die Echtheit der Dokumente.



Jürgen Jachens und Volker Jüngling sprechen den Kapitän darauf an und bekommen als Antwort: „Wir sind hier nur Russen an Bord, solche Leute dulden wir nicht!“ Für den Fall, dass sich ein „blinder Passagier“ an Bord befinden sollte, meint Jürgen Jachens später, würde dies der Kapitän sofort melden. Die Kontrolle selbst verläuft ohne besondere Vorkommnisse. Die Pässe verwahrt der Kapitän grundsätzlich für die gesamte Besatzung, er überreicht sie uns in einer Plastiktüte ...

Als wir zur Dienststelle zurückkehren, hat Thomas Masekowitz als neuer Gruppenleiter die Schicht übernommen. Ihn und Volker Jüngling, der heute eine Zehn-Stunden-Schicht hat, begleiten wir nun im Elbehafen bei einer Ausreisekontrolle. Im Brunsbütteler Hafen gibt es insgesamt zwölf Möglichkeiten zum Löschen und Bunkern von Ladung.

Mit der Fähre über den Nord-Ostsee-Kanal erreichen wir den Elbehafen und entgegen der Meldung des Maklers liegt hier kein abgehendes Schiff – das kommt halt auch mal vor! Wir fahren weiter zum „Holcim“-Hafen und stoßen auf die „FLINTER-SPRINT“. Sie löscht, aus Lübeck kommend, Zement. Die Ausreisekontrolle an Bord verläuft reibungslos. Aufgrund der deutlich längeren Liegezeit der Schiffe in einem dieser zahlreichen Industriehäfen können die Schiffe mit ihrer Besatzung einer intensiven Kontrolle unterzogen werden. Dabei werden die Seefahrtbücher, die Crewliste und die Pässe überprüft und mit den anwesenden Besatzungsmitgliedern abgeglichen. Nach getaner Arbeit geht es über die Brunsbütteler Hochbrücke zurück auf die nördliche Seite des Kanals.

Zurück im Revier benötigt ein ukrainischer Seemann unsere Hilfe. Er will in zwei Tagen von seinem



Blick von der „VERA RAMBOW“

Schiff abmustern und nach Tunesien fliegen, um auf einem anderen Schiff anzumustern. Dies ist nicht ungewöhnlich, wurden doch 2011 allein in Brunsbüttel circa 660 Ausnahmvisa erteilt. Also eigentlich eine klare Sache: Er braucht ein Visum Typ „C“, gültig für die Dauer von drei Tagen. Doch welche Einreisebestimmungen gelten für ihn in Tunesien? Auf einer Internetseite internationaler Fluggesellschaften werden die Kollegen fündig. Dort können wir recherchieren, dass der Ukrainer kein Visum benötigt, wenn er im Besitz eines Seefahrtbuches ist und seinen Beruf ausübt. Somit steht der Visaerteilung nichts im Wege. Schade, dass wir den Kollegen diese Seite nur mithilfe unseres freien Internetzugriffs ermöglichen können. Ohne diesen hätten die Kollegen aufwendiger recherchieren und beispielsweise bei der tunesischen Botschaft anrufen müssen.

Zu guter Letzt ist festzuhalten: Es war ein Tag mit vielfältigen Eindrücken von einer einzigartigen Aufgabe! Und doch – Schleuse und Hafen in Brunsbüttel sind nur einer von 62 zugelassenen Grenzübergängen an der Schengenaußengrenze der Nord- und Ostseeküste allein im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeiinspektion Flensburg.

*Hanspeter Schwartz
Bernd Schindler*

Im Bundespolizeirevier Brunsbüttel recherchieren die Beamten die Visabestimmungen für Tunesien.



Die Bunte(s) Polizei: Bundespolizeidirektion München tritt der „Charta der Vielfalt“ bei

Das berufliche Umfeld frei von Vorurteilen zu gestalten, Nachteile wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, Alters, sexueller oder religiöser Orientierung auszuschließen – ist das denn heutzutage nicht selbstverständlich? Stellte man diese Frage einem Bundespolizisten, bekäme man mit Sicherheit ein eindeutiges „Na klar!“ zu hören. Und ertete womöglich ob dieser Fragestellung nichts als Unverständnis. Genauso gut könnte man nämlich fragen, ob sich die Erde um die eigene Achse dreht.



Wie die Vielfalt im polizeilichen Alltag helfen kann, schildert die 28-jährige Bundespolizistin Elif Duran: „Wenn man Menschen in ihrer Muttersprache anspricht, kann man einige kritische Situationen leichter entschärfen.“

Doch wenn die Lage so klar ist, warum arbeiten im öffentlichen Dienst immer noch so wenige Migranten? Genaue Zahlen lassen sich zwar wegen etwaiger – auch rechtlicher – Unwägbarkeiten nicht ohne Weiteres erheben. Interessierte finden aber im Internet Quellen, die davon ausgehen, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung bei etwa 10 Prozent liegen dürfte. Träfe dies denn zu, wäre es nun viel oder wenig? Gemessen daran, dass rund 20 Prozent der Menschen in Deutschland Migrationshintergrund haben, wohl doch nicht viel genug. Oder?

Überlegungen wie diese waren es, die die Bundespolizeidirektion München dazu bewogen haben, der „Charta der Vielfalt“ beizutreten. Am 7. Januar unterzeichnete Präsident Hubert Steiger als deutschlandweit erster Behördenleiter der Bundespolizei die Urkunde. Den Beitritt besiegelte mit ihrer Unterschrift die

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer. Als zweiter „Pate“ war der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, dabei.

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine ursprünglich aus der Mitte der Wirtschaft ergriffene Initiative mit dem Ziel, Vielfalt in Unternehmen, Behörden und sonstigen Einrichtungen zu fördern. Ihre Schirmherrin ist Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Rund 1 300 staatlich und privatrechtlich organisierte Institutionen mit insgesamt mehr als 6,5 Millionen Beschäftigten beziehungsweise Mitgliedern haben mittlerweile die Charta unterschrieben. Der Beitritt bedeutet vor allem eines: Sich zur Vielfalt zu bekennen und diese zu einer festen Größe der eigenen Organisationskultur zu erheben.

Dies ist auch das neue Motto der Bundespolizisten im Freistaat Bayern. Aber was verbirgt sich dahinter, was ändert sich nun? Die Antwort mag scheinbar widersprüchlich sein, ist aber die einzig plausible: nichts und alles zugleich ... Nichts, weil die Haltung gegenüber der Vielfalt innerhalb der eigenen Dienststellen kaum im Handumdrehen anders geworden sein kann – bloß wegen einer Unterschrift. Diejenigen unter uns, die ausländische Wurzeln haben, mussten wegen ihrer Herkunft auch bisher keine Nachteile fürchten.

Wie die drei, die bei der feierlichen Unterzeichnung der Charta dabei sind: Die 27-jährige Elif Duran entstammt einer türkischen Familie, in den Adern der 32-jährigen Assanassia Avgoustis fließt griechisches Blut und der 38-jährige Sebastian Köhler ist in Polen geboren und aufgewachsen

– alle drei sind seit Jahren Bundespolizisten. Als Journalisten sie fragen, ob sie im Dienst unter irgendwelchen Vorurteilen leiden müssten, antwortet Elif mit einem einnehmenden Lächeln: „Na klar haben wir uns am Anfang gegenseitig erst beschnuppern müssen. Meine Kollegen in der Dienstgruppe haben schon öfter gefragt, was an dem einen oder anderen Klischee dran ist. Es gab und gibt aber keine Konflikte wegen meiner Herkunft – und ganz sicher keine Nachteile.“

Und doch ist seit Januar alles anders. Allein der öffentliche Beitritt zur Charta schafft einen gewissen Druck. Die Münchner stehen nun auf einer Bühne und alle Scheinwerfer sind auf sie gerichtet. Es gibt auf einmal so viel zu tun, wozu bisher die Zeit und die Manpower fehlten. Die Direktion will sich aktiver als je zuvor jugendlichen Migranten zuwenden und hat dazu ein Projekt ins Leben gerufen. Die bayerischen Bundespolizisten werden zunächst mit einer Schule in der Landeshauptstadt zusammenarbeiten, an der es besonders viele Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Dort möchten sie mit Spezialisten wie Einsatztrainern, Hundeführern oder Entschärfern auf Basis des regulären Lehrplans Unterrichte mitgestalten, Sportevents ausrichten und Zivilcourage-Trainings anbieten. Was sich

nach Spaß anhört, hat einen ernsten Hintergrund. Es geht im Kern um nicht weniger als darum, die Integration zu fördern und die Berührungspunkte zwischen den Migranten und der Polizei abzubauen. Wer weiß, vielleicht entscheiden sich die Teenager, deren Familien aus fremden Ländern kamen, später einmal dafür, selbst Bundespolizisten zu werden. Wenn es den Münchner Kolleginnen und Kollegen gelingt, die jungen Menschen dafür zu begeistern, legen sie heute schon Grundsteine für die Vielfalt in der Bundespolizei von morgen.

Weitere Infos zum Thema Migration und Integration unter:

www.charta-der-vielfalt.de

www.bundesregierung.de (Menüpunkt „Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“)

www.bmi.bund.de (Menüpunkt „Migration und Integration“)

Thomas Borowik
Fotos: Stefan Brandl



Präsident Hubert Steiger unterzeichnet als deutschlandweit erster Behördenleiter der Bundespolizei die „Charta der Vielfalt“ – mit dabei: die Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer und Martin Neumeyer.

Kolumne: Die Außenansicht

Warum mir Gewalt gegen Polizisten stinkt!

16

Gerke Minrath ist Vorsitzende des Vereins „Keine Gewalt gegen Polizisten e. V.“, in dem sich überwiegend Nicht-Polizisten engagieren. Deren Ziel ist es, der Öffentlichkeit die Menschen hinter der Uniform „sichtbar“ zu machen und Polizeibeamten seelische Unterstützung zu vermitteln. Der Verein wurde 2011 gegründet und ging aus dem gleichnamigen Blog hervor, in dem Frau Minrath unter Pseudonym gegen Gewalt gegen Polizisten schrieb.

www.kggp.de



Es hat lange gedauert, bis ich merkte, dass es da ein Problem gibt. Bis dahin war mein persönliches Gefühl gegenüber Polizisten eher eine gewisse Dankbarkeit. Dafür, dass ich im zarten Alter von sechzehn Jahren von einem Streifenwagen nach Hause gefahren wurde, nachdem ich an Karneval den letzten Zug verpasst hatte. Noch mehr dafür, dass mir zwei Polizisten das Leben retteten, als ein mir unbekannter Betrunkener die Tür zu meiner Wohnung einschlagen wollte, weil er mit meiner Vormieterin noch eine Rechnung offen hatte. Ich hätte da noch einige Beispiele ...

Natürlich las und hörte ich von Einsätzen, in denen Polizisten überzogen reagiert haben sollten. Das fand ich zwar nicht unbedingt klasse, buchte es aber ab unter „überall, wo Menschen sind, kommt es auch zu Überreaktionen“. Hingegen wäre ich im Traum nicht darauf gekommen, dass Polizisten ihrerseits beleidigt, bespuckt oder gar geschlagen werden. Gut, mir war schon irgendwie klar, dass sich so richtig schwere Jungs

nicht gerne festnehmen lassen, aber dass ein derartiges Verhalten mittlerweile fast an der Tagesordnung ist, habe ich erst am 1. Mai 2009 in Berlin bemerkt. Ich hielt mich beruflich dort auf, und zwar genau da, wo abends die Post abgeht. Da ist mir das Problem dann sozusagen ins Gesicht gesprungen.

Ich habe viel Zeit im Ausland verbracht und habe davon einiges für mein ganzes Leben mitgebracht: vor allen Dingen den direkten Vergleich – und ich kann jedem meiner Mitbürger versichern, dass die deutsche Polizei die freundlichste und geduldigste ist, mit der ich jemals zu tun hatte. Einmal wurde ich in einem Entwicklungsland zwei volle Stunden einer Verkehrskontrolle unterzogen, weil unser Reiseführer einfach kein Bestechungsgeld zahlen wollte. Seitdem kann ich die Mär von der deutschen Polizeiwillkür schlicht nicht mehr ernst nehmen.

Zudem habe ich mir eine große Liebe zur Vielfalt erworben. Eine solche kann es aber nur geben,

wenn eine demokratische Polizei Grenzen setzt. Sonst setzen sich die Brutalsten und Intolerantesten durch, denen die Belange der anderen und damit eben jene Vielfalt – mit Verlaub gesagt – am Allerwertesten vorbeigehen.

In Zeiten sinkenden Respekts vor den Mitmenschen bildet die Polizei eine wichtige Grenze. Mit Respekt ist hier übrigens Wertschätzung gemeint, nicht die neomodische Verzerrung dieses Begriffs. Deshalb stinkt es mir, dass den Menschen, die für uns den Kopf hinhalten, buchstäblich die Motivation aus dem Leib geprügelt wird. Vielmehr sollten wir Bürger ihnen danken. Das tue ich hiermit, auch im Namen der Nicht-Polizisten im Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten e. V.“. Vielen Dank für Ihren täglichen Einsatz für uns alle!

*Gerke Minrath
Foto: Flück/Sinzig*



Die Bundespolizei im Lage- und Führungszentrum „Sicherheit im Luftraum“

Seit dem 1. November 2012 gehört die Außenstelle „Sicherheit im Luftraum“ (ASt-SiLuRa) zur Bundespolizei. Organisatorisch ist sie an das Referat 11, den Führungs- und Lagedienst des Bundespolizeipräsidiums, angebunden. Welchen Beitrag leistet die Bundespolizei bei der Abwehr von Gefahren aus der Luft?

Die Anschläge vom 11. September 2001 hatten in nur wenigen Augenblicken den Einsatzkontext der Bundespolizei verändert. Von nun an galt es mehr als zuvor, sich dieser neuartigen Gefährdung durch Terrorismus und Extremismus entschieden entgegenzustellen. Die Bundespolizei leistet dabei im Rahmen ihrer Zuständigkeit aber nur einen Teilbeitrag, um zukünftige Bedrohungslagen zu bewältigen. Vielmehr kommt es darauf an, durch das Zusammenwirken aller beteiligten Behörden den deutschen Luftraum vor Gefahren zu schützen.

Dies geschieht seit 2003 ressortübergreifend im Nationalen Lage- und

Führungszentrum für „Sicherheit im Luftraum“ in Uedem (Nordrhein-Westfalen). Beteiligt sind daran das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie das Bundesministerium des Innern. So soll ein reibungsloses Zusammenspiel der beteiligten Behörden in den Teilbereichen „Luftverteidigung“, „Sicherheit im Luftverkehr“ und „Innere Sicherheit“ gewährleistet werden.

Das Nationale Lage- und Führungszentrum für „Sicherheit im Luftraum“ garantiert bei einem sogenannten Renegade-Fall (terroristischer Missbrauch eines zivilen Luftfahrzeugs) eine kontinuierliche Lageführung

sowie die Beratung der politischen Entscheidungsträger. Der durch die Bundespolizei betreute Teilbereich „Innere Sicherheit“ stellt den Knotenpunkt zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie zu besonders gefährdeten Infrastruktureinrichtungen wie Kernkraftwerken sicher.

Im August 2011 entschied Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, dass die bis dahin dem Ministerium zugehörige Außenstelle „Sicherheit im Luftraum“ unmittelbar in die Bundespolizei eingegliedert wird.

Nathalie Lumpé
Foto: Michael Urban



Personal & Haushalt

Aufgeschoben

– nicht aufgehoben:

Bundesweite Einführung von ePlan kommt später

Der ePlan BUND ist die elektronische Verwaltung von Dienstplänen, von Urlaubs- und Arbeitszeitkonten sowie deren automatischer Abrechnung und Übertragung an das Bundesverwaltungsamt. Er bietet die automatisierte Berechnung von Zulagen sowie die punktgenaue Darstellung von Personalstärken auf allen Ebenen der Bundespolizei. Die bundesweite Einführung von ePlan sollte im Januar 2013 erfolgen, wurde jedoch zunächst verschoben. Wir betrachten die Vorteile des Verfahrens im reibungslosen Einsatz und beleuchten die Probleme, die zur Verschiebung der Einführung führten.

Gerd Mustor ist begeistert. Seit der Kontroll- und Streifenbeamte der „Bundespolizeiinspektion Irgendwo“ mit ePlan auf du und du ist, hat er die Vorteile des Systems kennen und schätzen gelernt. Mit einem Computer

im Netz der Bundespolizei, ob in der Heimatdienststelle oder anderswo in der Republik, kann er sich schnell einen genauen Überblick über seine persönlichen Daten verschaffen. „Ich sehe auf Anhieb, wie mein Urlaubs- und Stundenkonto aussieht. Habe

ich da noch Reserven oder muss ich zulegen? Meine Arbeitsstunden werden automatisch berechnet. Auch die Zulagen, die ich mir im Wechsel-schichtbetrieb erarbeitet habe, sind schon aufgerechnet. Mein Nachweis für die Berechnung des Dienstes zu

ungünstigen Zeiten, die Abrechnung von Bereitschaften – alles liegt hier übersichtlich vor. Selbst das Dienst-

bucheinlegeblatt ist schon ausgefüllt“, so Gerd Mustor.

Er will das neue Programm nicht mehr missen. „Die Vorteile sind genial“, schwärmt der begeisterte Anwender.

Heute will Gerd Mustor einen Urlaubsantrag stellen. „Das war bisher nur auf dem Papier möglich. Und wenn ich nicht genau wusste, wie viele Urlaubstage ich noch habe, musste ich warten, bis ich während des Tagesdienstes im Geschäftszimmer nachfragen konnte. Jetzt habe ich selbst und immer aktuell den Überblick“, resümiert ein urlaubsreifer, aber zufriedener Bundespolizist. Er klickt auf „Beantragen“ und schon geht's los.

Sein Urlaubsantrag läuft in derselben Minute beim Fachvorgesetzten, in diesem Fall beim Dienstgruppenleiter Fritz Wille, auf. Der weiß schon, dass der Kollege Mustor einen Urlaubsantrag stellen will und kann sofort reagieren. Er genehmigt den Antrag. Die Genehmigung wiederum läuft in Echtzeit beim Antragsteller auf. „Na, super! Das ist prima! Jetzt kann ich die verbleibenden Dienstsichten bis zum Urlaubsbeginn entspannt leisten“, freut sich Mustor.

Unterdessen verschafft sich der Dienstgruppenleiter einen Überblick darüber, wie viel Personal ihm zur Verfügung steht, heute und in den nächsten Tagen. Auch das hat er mit einem Mausklick im Stärkeportal im Blick. „Ich sehe sofort die Anzahl der Kräfte, die aktuell im Dienst sind. Das ist eine wirklich gute Sache. Ich habe eine Stärkeübersicht der gesamten Dienststelle oder von Teileinheiten zur Verfügung“, stellt Wille fest, der sich optional dazu auch eine Grafik anse-

hen kann. Für seine Dienstplanung kann er die Stärke auch für einen bestimmten Zeitpunkt abfragen.

Auch die Dienststellenleitung nutzt die Vorteile von ePlan. Inspektionsleiter Peter Gerber ist zufrieden. „Einen so schnellen und genauen Überblick hatte ich bisher nicht“, sagt er und freut sich gleichzeitig darüber, dass die Mitarbeiter seiner Verwaltung

Das macht ePlan. Die Berechnung der Mehrarbeitsstunden. Das macht ePlan. Und da geht noch mehr. Er ist eine echte Erleichterung für uns“, resümiert Gerber.

Doch halt! Alles nur geträumt? Was genau so ab Januar 2013 funktionieren sollte, ging nicht wie vorgesehen in Betrieb. Es gab und gibt Probleme. Und davon nicht wenige. Das Bundes-

19



Eine Mitarbeiterin bucht sich bei der elektronischen Zeiterfassung ein. Weil aber die Schnittstelle zu ePlan noch fehlt, ist eine Datenübernahme derzeit noch nicht möglich.

deutlich entlastet werden. „Die bisher lästigen Vergleichsmittelungen etwa gehören der Vergangenheit an. Wird Personal abgeordnet, wandert der Datensatz ganz unkompliziert mit. An der neuen Dienststelle können alle auflaufenden Daten, wie geleistete Dienstzeiten, in ePlan eingearbeitet werden. Kommt das Personal wieder zurück, dann kommt auch der aktualisierte Datensatz mit“, beschreibt Gerber die Vorteile und listet weitere Punkte auf, von denen seine Verwaltung entlastet ist. „Die aufwendige Berechnung der Vergütungen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) entfällt. Das macht ePlan. Die Verwaltung des Urlaubskontingents.

polizeipräsidium hat die Einführung zunächst verschoben.

Im Klartext: Im Wesentlichen lösten vier Knackpunkte die Verschiebung aus. Die Schnittstelle zu EPOS (Elektronisches Personal-, Organisations- und Stellenverwaltungssystem) konnte nicht genutzt werden, die Anbindung an die automatische Zeiterfassung war nicht einsatzbereit, die novellierte Erschwerniszulagen-Verordnung trat nicht wie vorgesehen zum Januar 2013 in Kraft und schließlich äußerte die Personalvertretung Bedenken.

In EPOS sind die Stammdaten aller Beschäftigten erfasst. Der Datenaus-

tausch zwischen EPOS und ePlan ist eine Voraussetzung zur Vermeidung von Datenredundanzen, also dass elektronische Daten mehrfach erfasst und gepflegt werden müssen.

Bisher wurden in vielen Dienststellen erforderliche Berechnungen in Excel-Tabellen bewerkstelligt. Inzwischen sind bundesweit die Grunddaten in ePlan erfasst. „Und genau dort müssen sie weiter gepflegt werden. Passiert das nicht, muss zum Zeitpunkt der späteren Einführung von ePlan praktisch bei null begonnen werden. Für manche Dienststellen ist aber auch ein Rücksprung auf die Excel-Tabellen nicht mehr möglich – schlicht weil sie nicht mehr vorhanden sind“, mahnt der Einführungsverantwortliche einer Bundespolizeidirektion auch mit Blick auf den bisher eher vernachlässigten Datenschutz.

Eine seiner Stärken kann ePlan auch nur dann ausspielen, wenn die automatisierte Zeiterfassung direkt angebunden ist. Auch da gab und gibt es Probleme, die kurzfristig nicht behoben werden konnten. An Lösungen wird gearbeitet.

Mit einer Rechtsverordnung des Bundes sind die Grundlagen für die Berechnung von Zulagen geregelt. Diese Rechtsverordnung sollte in überarbeiteter Form am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Berechnungsgrundlagen in ePlan waren darauf abgestimmt. Weil noch nicht von allen politischen Instanzen beschlossen, trat die Rechtsverordnung nicht in Kraft. Für den Betrieb von ePlan

fehlte damit eine wesentliche rechtliche Grundlage.

Und was sagt die Personalvertretung? Zwischen dem Bundespolizeipräsidentium und dem Bezirkspersonalrat sei vereinbart, dass durch die Einführung von ePlan bestehende Arbeitszeitdienstvereinbarungen nicht verändert werden. Jetzt schein sich in verschiedenen Bereichen hieran nicht gehalten zu werden, was inakzeptabel sei, hieß es auf Anfrage der kompakt von der Personalvertretung. Von dort wird gefordert, dass die technischen Voraussetzungen sowie die notwendigen Schnittstellen ohne Interimslösungen vor der Einführung von ePlan sicherzustellen sind. Die Programmierung müsse so abgeschlossen sein, dass alle Regelungen zur Arbeitszeit fehlerfrei abgebildet und berechnet werden und in angemessener Zeit zu bearbeiten seien. Außerdem dürfe es keine Eingriffe in bestehende Dienstvereinbarungen zur Arbeitszeit geben.

Die Verantwortlichen im Bundespolizeipräsidentium bestätigen die vier Kernprobleme grundsätzlich. Sie nennen zusätzlich weitere Schwierigkeiten. Fehlende Speicherkapazitäten und Probleme mit der Geschwindigkeit

des Systems. Wenn ePlan nicht wirklich schnell auf den Computern laufe, dann sei das nicht unbedingt ein Problem von ePlan, sondern der IT-Infrastruktur insgesamt geschuldet. Im Klartext: Eine Optimierung der Citrix-Umgebung und eine Erhöhung der Bandbreiten, also schnellere Verbindungen, könnten hier für Abhilfe sorgen. Richtig ist: Die Projektgruppe ePlan, die Einführungsverantwortlichen bei den Bundespolizeidirektionen und in den Dienststellen vor Ort haben viel Herzblut in die Vorbereitung gesteckt. Im Moment noch ohne den gewünschten Erfolg.

Fazit: ePlan ist grundsätzlich ein Fortschritt. Das System entlastet die Mitarbeiter insgesamt. Es entfallen Doppelarbeiten, Wartezeiten und Ungenauigkeiten durch menschliche Fehler. Die bundesweite Einführung von ePlan sollte deshalb nach der Beseitigung der aktuellen Probleme möglichst rasch erfolgen.

Anmerkung der Redaktion: Im dargestellten Beispiel haben wir fiktive Namen für Personen und Dienststellen verwendet. ePlan steht für ePlan BUND.

Text und Fotos: Rudolf Höser

Überblick in absoluten Zahlen und als Grafik: In ePlan haben die Bediensteten der Bundespolizei einen kompakten Überblick über ihre Stundenkonten.



5

Fragen an ...



Foto: Ulrike Wulf

Kerstin Liebert

Kerstin Liebert ist 53 Jahre alt und kommt aus dem sächsischen Pirna. Sie hat ein Enkelkind, mit dem sie gern ihre Freizeit verbringt. 1993 wurde Kerstin Liebert als Grenzpolizeiliche Unterstützungskraft eingestellt und war seitdem sowohl in grenzpolizeilichen als auch bahnpolizeilichen Aufgabenbereichen tätig. Seit 2009 arbeitet sie in der Lage- und Einsatzzentrale der Bundespolizeidirektion Pirna.

1. Was schätzen Sie bei der Bundespolizei am meisten?

Am meisten schätze ich, dass wir Bundespolizeilichen Unterstützungskräfte nach den ersten drei Jahren unbefristet übernommen wurden. So brauche ich mir über meine Zukunft keine Sorgen zu machen.

2. Was schätzen Sie bei der Bundespolizei am wenigsten?

Vieles könnte transparenter gemacht werden, sodass nicht so viel hinter der Hand getuschelt und die Gerüchteküche damit noch angeheizt wird. Wenn man offener miteinander umgehen würde, könnte ein Teil der Arbeitszeit sinnvoller genutzt werden.

3. Was war Ihr bisher schönstes Erlebnis im Dienst?

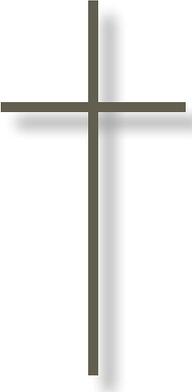
Meine schönsten Erlebnisse waren, als ich bei Fußballeinsätzen live dabei sein durfte. Es war sehr spannend, und mir schlug anfangs vor Aufregung das Herz bis zum Hals.

4. Was war das Schlimmste, was Sie im Dienst erlebt haben?

Meine schlimmsten Erlebnisse waren die Einsätze im Zusammenhang mit Bahnsuiziden. Für die betroffenen Kollegen und für die Lokführer ist dies sehr belastend. Leider sind es viel zu viele. Die Bilder bekommt man einfach nicht aus dem Kopf. Nach dem ersten Einsatz konnte ich tagelang nicht abschalten.

5. Was wäre Ihre erste Amtshandlung, wenn Sie heute zur Präsidentin der Bundespolizei ernannt würden?

Eigentlich will ich gar nicht Präsidentin werden, denn ich glaube, die haben es auch nicht leicht, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Aber wenn, dann würde ich die Reformen abschaffen, damit nicht so viele Kollegen umziehen müssen. Familien sollten zukunftsorientierter planen können, damit die Worte „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ nicht nur auf dem Papier stehen.



Wir gedenken unserer im
vergangenen Jahr im aktiven
Dienstverhältnis verstorbenen
Kolleginnen und Kollegen

Tarifbeschäftigter Karl-Heinz Severin
im Alter von 54 Jahren

Polizeioberkommissar Carsten Janssen
im Alter von 57 Jahren

Polizeihauptmeister Sven Wagner
im Alter von 44 Jahren

Polizeihauptmeister Günther Dimmler
im Alter von 39 Jahren

Polizeihauptmeister Günther Kraus
im Alter von 52 Jahren

Polizeioberkommissar Reiner Krenz
im Alter von 56 Jahren

Polizeihauptkommissar Richard Korth
im Alter von 57 Jahren

Polizeiobermeister Mario Philipp
im Alter von 44 Jahren

Polizeihauptmeister Joachim Flottmeyer
im Alter von 54 Jahren

Tarifbeschäftigter Siegfried Fuchs
im Alter von 58 Jahren

Tarifbeschäftigter Franz-Walter Buderbach
im Alter von 50 Jahren

Polizeihauptmeister Joachim Georg Klimek
im Alter von 58 Jahren

Polizeiobermeister Roland Bock
im Alter von 48 Jahren

Tarifbeschäftigter Knut Schwarz
im Alter von 58 Jahren

Bundespolizeiliche Unterstützungskraft Ellen Staub
im Alter von 53 Jahren

Polizeihauptmeister Kurt Bauer
im Alter von 52 Jahren

Polizeihauptmeister Klaus Kupper
im Alter von 55 Jahren

Polizeihauptmeister Stefan Heik
im Alter von 44 Jahren

Polizeioberkommissar Berthold Stemke
im Alter von 59 Jahren

Polizeidirektor Jürgen Mause
im Alter von 51 Jahren

Polizeihauptmeister Robert Matthias Kowol
im Alter von 51 Jahren

Polizeihauptmeister Michael Langenhagen
im Alter von 50 Jahren

Polizeihauptkommissar Rainer Gust
im Alter von 54 Jahren

Polizeikommissar Frank Kohlberg
im Alter von 34 Jahren

Polizeihauptmeister Stephan Wehrer
im Alter von 45 Jahren

Polizeiobermeisterin Doreen Arnold
im Alter von 34 Jahren

Tarifbeschäftigter Johann Scheidl
im Alter von 60 Jahren

Polizeihauptmeister Mike Schönherr
im Alter von 45 Jahren

Polizeihauptmeisterin Anke Holzmann
im Alter von 41 Jahren

Polizeihauptmeister Roland Utesch
im Alter von 56 Jahren

Polizeioberkommissar Engelbert Ellendorff
im Alter von 57 Jahren

Tarifbeschäftigter Kurt Wehner
im Alter von 58 Jahren

Bundespolizeiliche Unterstützungskraft Matthias Möller
im Alter von 56 Jahren

Polizeiobermeister Gary Metenyszyn
im Alter von 36 Jahren

Polizeihauptkommissar Bernd Kuhlmann
im Alter von 46 Jahren

Tarifbeschäftigter Manfred Walter
im Alter von 63 Jahren

Polizeihauptmeister Heinz Lobischer
im Alter von 47 Jahren

Polizeihauptmeister Ulrich Fromme
im Alter von 50 Jahren

Polizeihauptkommissar Peter Dederichs
im Alter von 54 Jahren

Präsident Randolph Virnich
im Alter von 51 Jahren

Polizeikommissar Franz Peter
im Alter von 50 Jahren

Polizeihauptmeister Dirk Bunikowski
im Alter von 45 Jahren

Polizeihauptmeister Thomas Schwabe
im Alter von 56 Jahren

Fluggastkontrollkraft Anita Rank
im Alter von 63 Jahren

Tarifbeschäftigte Ulricke Hirsch
im Alter von 61 Jahren

Polizeihauptmeister Harry Julius Schulz
im Alter von 51 Jahren

Polizeiobermeister Bruno Schmitt
im Alter von 52 Jahren

Polizeiobermeisterin Anke Höfs
im Alter von 42 Jahren

Tarifbeschäftigter Paul Lorre
im Alter von 57 Jahren

Polizeihauptmeister Markus Eitze
im Alter von 42 Jahren

Polizeihauptmeister Herwig Stowasser
im Alter von 51 Jahren

Polizeihauptmeister Manfred Thoms
im Alter von 53 Jahren

Polizeihauptmeister Martin Hasselberg
im Alter von 51 Jahren

Polizeihauptmeister Tillmann Beyer
im Alter von 60 Jahren

Tarifbeschäftigter Helmut Korth
im Alter von 63 Jahren

Polizeihauptmeister Dirk Iwersen
im Alter von 58 Jahren

Tarifbeschäftigter Jürgen Roks
im Alter von 55 Jahren

Polizeihauptmeister Sönke Schömburg
im Alter von 47 Jahren

Polizeihauptkommissar Johann Stöcker
im Alter von 52 Jahren

Polizeiobermeister Timo Alexander Burich
im Alter von 33 Jahren

Bundespolizeiliche Unterstützungskraft Ralf Bieletzki
im Alter von 57 Jahren

Tarifbeschäftigter Ottmar Schmitt
im Alter von 55 Jahren

A photograph of a woman with blonde hair, wearing a brown top and a patterned scarf, sitting at a desk in an office. She is looking towards the camera. On the desk, there is a computer monitor, a keyboard, a mouse, a blue mug with 'RG' on it, and a silver water bottle. The background shows a window with a potted plant and some electrical outlets on the wall.

Portrait

„Solide Büroarbeit“ in der Bundespolizei

Die 30-jährige Ira Mathias aus Hannover ist seit 12 Jahren in der Verwaltung der Bundespolizei tätig. Sie gehörte im damaligen Bundesgrenzschutzamt Hannover zum zweiten Ausbildungsjahrgang überhaupt – in einer Zeit, in der Verwaltungspersonal im Allgemeinen und Frauen insbesondere eine Minderheit in der Behördenlandschaft des Bundesgrenzschutzes waren.

kompakt: Frau Mathias, Sie wollten nach der Schule einen Beruf mit, wie Sie selbst sagen, „solider Büroarbeit“ erlernen und haben beim damaligen Bundesgrenzschutzamt Hannover die Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten begonnen. Deckten sich die ersten Eindrücke aus der Ausbildung mit Ihren Vorstellungen?

Ira Mathias: Als ich die Ausbildung im Jahre 2000 begann, war der Verwaltungsbereich personell absolut unterbesetzt. Das hatte zur Folge, dass kaum Personal zum Bewältigen der anfallenden Arbeiten vorhanden war. So waren die ersten Praktika der

viel zitierte „Sprung ins kalte Wasser“, der durch viele Überstunden geprägt war. Mit „solider Büroarbeit“ hatte das Ganze nicht viel zu tun. Die theoretischen Ausbildungsinhalte, sowohl in der Berufsschule in Hannover als auch in der berufsbegleitenden Unterweisung in Lübeck, machten die breite Fächerung der Aufgabenfelder des Verwaltungsdienstes erst deutlich.

kompakt: Seit Ihrem Ausbildungsende sind Sie seit nunmehr mehr als neun Jahren im „praktischen“ Verwaltungsdienst tätig. Sie haben in dieser Zeit zahlreiche Bereiche durchlaufen. Wie sind Ihre bisherigen Eindrücke?

Ira Mathias: Nach der Ausbildung wurde ich zunächst in der Poststelle eingesetzt. In diesem Bereich lernte ich besonders die Kollegen und die Behördenstruktur kennen. Diese Kenntnisse und Erfahrungen waren auch erforderlich, um in der nächsten Tätigkeit als Personalbearbeiterin im ehemaligen Sachgebiet 21 (Personalwesen) bestehen zu können. Sämtliches bis dahin erlangtes Hintergrundwissen, sowohl über das Personal als auch über die Abläufe in der Behörde, war dann Voraussetzung für den Dienst im Vorzimmer des damaligen Amtsleiters. Hier sind wirklich alle „Stränge“ zusammengelaufen. Es war

also ein Job, wo absolutes Insiderwissen erforderlich war.

kompakt:

Anfang 2005 haben Sie erstmalig den Amtsbereich verlassen und sind als Personalbearbeiterin zur Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Hannover gegangen. Eine komplette Veränderung?

Ira Mathias: Nein, eigentlich nicht. Die Tätigkeiten ähnelten doch sehr denen aus dem Personalbereich des Amtes; allerdings war in der Inspektion alles ein wenig kleiner und persönlicher. Insbesondere im Vergleich zur Vorzimmer Tätigkeit beim Amtsleiter war es auch bedeutend ruhiger und entspannter. Eine neue, aber total schöne Erfahrung. Der ruhigere Arbeitsplatz kam zudem zum richtigen Zeitpunkt, da ich schwanger geworden bin und sich mein bisheriges Leben total auf den Kopf stellte.

kompakt: Was meinen Sie damit, dass sich Ihr Leben „auf den Kopf stellte“?

Ira Mathias: Na ja, nach der Schwangerschaft habe ich zunächst knapp drei Jahre Erziehungsurlaub in Anspruch genommen. Kein Job – nur

Mutterdasein – und nach drei Jahren, vor allem verbunden mit den Strukturwechseln durch die Neuorganisation, ein kompletter beruflicher Neustart.

Das Einzige, was noch unverändert geblieben war, war der alte Dienstort Hannover. Dort stand aber mittlerweile eine neue Behörde – mit neuen Strukturen, neuen Verfahrensabläufen und neuen Kollegen. Das war für mich der zweite „Sprung ins kalte Wasser“.

kompakt: Wie haben Sie die neue familiäre Situation mit Kind mit der Tätigkeit in der neuen Behörde kombinieren und koordinieren können?

Ira Mathias: Um wieder Fuß zu fassen, habe ich zunächst nur einen Tag pro Woche gearbeitet. Im Nachhinein betrachtet ging dieser Schuss nach hinten los. Ein Tag pro Woche war zu wenig, um sowohl fachlich wieder auf den aktuellen Stand zu kommen als auch zeitlich die anfallenden Arbeiten bewältigen zu können. Ich kam mir damals überflüssig vor, weil einfach zu viel an mir vorbeiging. Ich wurde das Gefühl nicht los, eher ein „Klotz am Bein“ als eine wirkliche Hilfe zu sein. Dieses Gefühl wurde erst mit einer deutlichen Erhöhung der Wochenarbeitszeit besser – was wiederum zulasten der Kinderbetreuung ging.

kompakt: In der Bundespolizei wird als ein vorrangiges Ziel für die Zukunft

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf großgeschrieben. Ist aus Ihrer Sicht beides miteinander vereinbar?

Ira Mathias: Als ich durch die private Notwendigkeit, Vollzeit arbeiten zu müssen, und die Tatsache, dass meine Kinderbetreuung weggebrochen ist, quasi in eine Notsituation geraten bin, habe ich – was zu diesem Zeitpunkt ein absolutes Novum bei der Bundespolizei war – Telearbeit beantragt. Durch die Genehmigung war beides möglich – sowohl eine eigenständige Kindererziehung und Alltagsorganisation als auch eine für mich und die Kollegen zufriedenstellende Dienstverrichtung. Von daher ist diese Arbeitsgestaltung schon eine sehr familienfreundliche Möglichkeit, um Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

kompakt: Zurück zum Beginn unseres Interviews. Stellt sich der Verwaltungsdienst als der „solide Bürojob“ dar, den Sie sich unmittelbar nach Ihrer Schulzeit vorgestellt und gewünscht haben?

Ira Mathias: Natürlich ist die Ausgangssituation nun eine andere als damals. Unmittelbar nach der Schule habe ich den „soliden Bürojob“ ausschließlich als sicheren Arbeitsplatz am Schreibtisch gesehen. Vom heutigen Blickwinkel aus betrachtet verstehe ich unter einem „soliden Bürojob“ eine geregelte und trotzdem flexible Tätigkeit – verbunden mit einer gesicherten Bezahlung. Trotz dieser mittlerweile differenzierten Betrachtung kann ich für mich behaupten, dass ich meinen soliden Bürojob lebe!

kompakt: Danke für die offenen und ehrlichen Worte und weiterhin viel Erfolg in der Familie und im Beruf!

Gelebte Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Ira Mathias auf dem Weg zu ihrem Telearbeitsplatz





Recht & Wissen

Damals ...

Bombenalarm im Ministerium – und was macht der Chef?

Endlich Wochenende!

Es ist 09:15 Uhr: Der Rest meines Frühstückskaffees dampft noch in der Tasse, ich habe die Sonntagszeitung aufgeschlagen. So liebe ich freie Tage. Doch plötzlich klingelt das Telefon – Mist!

„Schmidt“, brachte ich etwas barsch über die Lippen. „Bundesgrenzschutz“, sagte die Stimme am anderen Ende der Leitung, „Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. T'schuldigung, Chef, aber hier ist ein Bombenalarm aufgelaufen. Wir wollen Sie nur informieren.“ „Was heißt Bombenalarm, welcher Art ist diese Drohung?“, fragte ich – nun doch voll bei der Sache – zurück. „Der Anruf ging bei der Einsatzzentrale ein. Der Anrufer drohte damit, dass um 10:00 Uhr

eine Bombe hochgehe. Er sagte, er meine es ernst. Der Zugführer hat schon alle Vorbereitungen getroffen.“ „Prima“, sagte ich, „ich bin so schnell wie möglich vor Ort.“ Aus der Traum vom schönen Sonntag! Jetzt heißt es: schnell anziehen, „tschüss Liebling!“ – und ab ging es in Richtung Bonn.

Ich traf etwa drei Minuten vor zehn am Ministerium ein, selbstverständlich am Hintereingang in der Baunscheidtstraße. Das Gebäude war bereits geräumt, ein Posten sperrte den Eingang ab, ein anderer warnte die ab und zu vorbeifahrenden Autofahrer. Von der Ecke Baunscheidtstraße/Ollenhauerstraße aus sah ich in Fortführung der Ollenhauerstraße den nächsten Posten stehen. In Richtung Haupteingang zur Bundesstraße 9, der Friedrich-Ebert-Allee, war alles leer. Der eingesetzte Zugführer,

Polizeihauptmeister Sch., hatte gute Arbeit geleistet.

Es war Punkt 10:00 Uhr – und nichts war passiert. Ich ging über den abgesperrten Platz in Richtung Haupteingang der Liegenschaft. Von dort aus betrat ich das Ministerium und erreichte die Einsatzzentrale. Aber auch hier war selbstverständlich kein Beamter. Ich ging raus auf den Mittelhof und sah in Richtung der sogenannten „SPD-Baracke“ – dem Ollenhauer-Haus – endlich den Zugführer stehen, neben ihm stand ein Beamter der Landespolizei.

Erst jetzt nahm ich die verwundernten Gesichter der beiden Beamten wahr. Der Grund ihres Gesichtsausdrucks: Der Chef stand mitten im abgesperrten Bereich! Ich gebe ja zu, dass mir ernsthafte Bedenken über

mein Verhalten erst dann kamen, als ich die erstaunten Gesichter der beiden Kollegen sah. So erschien mir denn auch meine Bemerkung, die Zeit für die Bombe sei ja nun abgelaufen und es werde nichts mehr passieren, als ausgesprochen schwache Ausrede.

Um vier Minuten nach zehn stand das Ministerium schließlich noch immer. Später gab ich auch kleinlaut zu, dass ich mit meinem Verhalten – zu so früher Zeit der Einsatzphase, ohne einen halbwegs gesicherten Lageüberblick zu haben, allein im menschenleeren Ministerium herumzulaufen – gegen alle Grundsätze taktisch richtigen Verhaltens verstoßen hatte. „Als James Bond wärst du eine Fehlbesetzung gewesen“, ging es mir schließlich durch den Kopf.

Zum Schluss noch ein kurzer Ausflug in die parteipolitische Entwicklung von Nachkriegsdeutschland:

Die „SPD-Baracke“, die Parteizentrale der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wurde so genannt, weil sie in der Zeit nach dem Krieg tatsächlich eine Holzbaracke war, die zunächst immer nur umgebaut wurde. Auch viel später, nachdem sie Mitte der Siebzigerjahre endlich durch ein festes Gebäude ersetzt worden war, wurde sie weiterhin als „Baracke“ bezeichnet. Sie sollte das Symbol für eine provisorische Unterbringung sein und die klare Aussage der SPD-Führung unterstreichen, dass die Partei nur so lange in Bonn bleibe, bis Berlin wieder Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei.



Manfred Schmidt

Nach der Wiedervereinigung und dem Bonn-Berlin-Beschluss konnten sich allerdings nur wenige Abgeordnete an die einstige Bedeutung erinnern ...

Manfred Schmidt
Fotos: Privat



First aid for police officers

Police officers are very often the *first responders* at the scene of an accident or the first people to administer first aid to ill or injured people. From our own experiences, we know that people are often scared and emotional when they are in pain or traumatized. Dealing with injured people is hard enough in your native language, but what if the victim only speaks English?

28

Well, I'm glad you asked! What follows is a list of helpful phrases for such situations.

1. Assessing the situation

What happened?
What hurts?
Where do you have pain?
Are you *dizzy*?
Are you having problems breathing?
Did you hit your head?

2. Questions about relevant illnesses and medications

Do you have any *diseases*?
For example: asthma, diabetes, hepatitis, AIDS, epilepsy, etc.
Do you take any medications?
Do you take a *blood thinner*?
Do you have any allergies?

3. Questions about alcohol and drug consumption

Have you drunk any alcohol today?
What did you drink?
How much did you drink?
Have you taken any drugs today?
What did you take?
How much did you take?

4. Giving instructions

Don't move!
Lie down!
Take a deep breath!

5. Recognizing a heart attack

According to my friend, Michael Sulak, who is a 15-year veteran fire fighter and Emergency Medical Technician (EMT) for the Seattle, Washington Fire Department, the two most important questions are:

Are you having chest pain?
And, what is your age?
Michael says that if the victim is having chest pain and is over 40, there is a very good chance that the person is having some kind of heart problem.

The next questions could also help first responders identify a heart attack: Is the pain *spreading/radiating* anywhere? Warning signals would be pain that is radiating between the shoulders, the left arm, sudden back pain, or pain above the *belly button*.

6. Recognizing a stroke

The sooner a *stroke* victim is diagnosed the better the chances of survival and recovery are. Any information you gather before the *paramedics* arrive could be extremely important. Seconds count!



A dangerous situation! The victim falls to the ground after suffering a stroke.

This information was taken from the American Stroke Association Website:

Remember the “word” **F.A.S.T.** to identify a stroke:

Face drooping – Does one side of the face droop? Tell the victim: Please smile.

Arm weakness – Is one arm *weak* or *numb*? Tell the victim: Raise both arms with your *palms* up. (The arms should be level, and if one arm is higher or lower than the other one, there is a problem).

Speech difficulty – Does the victim have problems to speak? Is the person hard to understand? Ask them to repeat a simple sentence, like “the sky is blue.” If the *speech is slurred*, or if the victim cannot repeat the sentence, he could have suffered a stroke.

Time to call emergency/a doctor if the person shows any of the above symptoms.

Remember that injured people are often frightened and confused, which can be dangerous in itself. As a police officer, it is also your task to comfort them.

7. Calming someone

Don't worry!
We'll take care of you.
We're here to help you.
Help/the doctor is on the way.
We have called the paramedics/
doctor.
Stay calm!

Everything will be OK! Travellers who are injured or become ill might want their family or friends to be informed of their situation.

8. Contacting relatives/friends

Are you travelling alone?
Where is your passport/flight or train ticket?
Do you have family or friends in Germany?
How can we contact your family/friends?

Perhaps you will even need to contact an *airline* or embassy.

Travellers, foreigners, and everyone else whom you come into contact with count on you to be there and help in an emergency.

Lives are in your hands!

_____ *Melissa Lindner*

Word Bank

first responders
die Ersthelfer

dizzy
schwindlig

diseases
Krankheiten

blood thinner
Blutverdünner

spreading/radiating
verbreiten

belly button
Bauchnabel

stroke
Schlaganfall

paramedics
Sanitäter

droop
herabhängen

weak
schwach

numb
taub

palms
Handflächen

slurred speech
undeutliches Sprechen

airline
Fluggesellschaft



Heart attack - now every second counts!



Police officers performing cardiopulmonary resuscitation (CPR).



Sport & Gesundheit

Der Defibrillator: ein Lebensretter

Man findet sie nahezu überall: Auf Bahnhöfen, an Flughäfen und bereits in vielen öffentlichen Gebäuden stehen die auffälligen Kästen mit den Defibrillatoren und ihrem DIN-genormten Hinweisschild, dem weißen Herz auf grünem Grund mit kleinem Elektropfeil. Erhöhen Defibrillatoren die Überlebenschancen? Wie werden sie angewendet? Darf das wirklich jeder? Und – was kann falsch gemacht werden? Auf diese Fragen möchte vorliegender Artikel Antworten geben. Einen Erste-Hilfe-Kurs ersetzen kann er nicht.

Jedes Jahr sterben 100 000 Menschen in Deutschland am „Herzschlag“, dem „plötzlichen Herztod“. Oft setzt die Pumpfunktion des Herzens ohne Vorwarnung aus, der Körper wird dann nicht mehr mit Sauerstoff versorgt.

Betrachten wir zunächst kurz dieses lebenswichtige Organ, welches unseren Körper über das Blut mit Sauerstoff und weiteren lebenswichtigen Stoffen versorgt: Das ungefähr

faustgroße Herz schlägt in Ruhe 60 bis 80 Mal pro Minute und befördert dabei ein Blutvolumen von ungefähr 4 bis 5 Litern – das sind gute 5 Kubikmeter am Tag! Um die Pumpfunktion zu ermöglichen, müssen alle Muskelzellen des Herzens sich rhythmisch synchronisiert zusammenziehen. Diese Abstimmung wird durch winzige elektrische Ströme erreicht, die zwischen den Herzmuskelzellen fließen.

In den meisten Fällen von plötzlichem Herztod ist die Synchronisation

gestört. Jede Herzmuskelzelle zieht sich beliebig zusammen, das Herz kann nicht mehr pumpen, der Mensch stirbt. Ärzte sprechen dann vom Kammerflimmern. Ursache kann unter anderem jeder noch so kleine Herzinfarkt sein. Wichtig: Die Herzmuskulatur ist anfangs noch intakt, nur die elektrische Synchronisation fehlt!

An dieser Stelle kommt der Defibrillator ins Spiel. Wie ein abgestürzter Computer lässt sich auch ein flimmerndes Herz durch einen elektri-

Der hier abgebildete Defibrillator der Firma ZOLL Medical Deutschland GmbH hat eine einzelne sogenannte Kombielektrode, wie auf der nächsten Seite zu sehen ist. Häufig sind auch Modelle anderer Hersteller mit zwei Elektroden anzutreffen.

schen „Neustart“ wieder geordnet hochfahren: Durch einen gezielten Stromstoß werden die Herzmuskelzellen wieder in Einklang gebracht, das Herz schlägt und pumpt wieder.

Allerdings kann unser Gehirn nur wenige Minuten ohne Sauerstoff, ohne Blutversorgung überleben. Der rettende Stromstoß muss also schnellstmöglich erfolgen. Wartezeiten müssen durch Herz-Lungen-Wiederbelebung überbrückt werden, um wenigstens eine Minimalversorgung des Gehirns mit Blut und Sauerstoff zu gewährleisten.

Der Rettungsdienst braucht in Deutschland meist 10 bis 15 Minuten zum Eintreffen. Das ist zu lange beim plötzlichen Herztod. Hier muss also auch der medizinische Laie bereits zuvor eingreifen, um einen Betroffenen zu retten.

Es bedeutet allerdings immer eine gewisse Überwindung, Wiederbelebungsmaßnahmen zu ergreifen oder

einen Defibrillator anzuwenden. Die Geräte sind daher so konzipiert, dass jeder sicher mit ihnen umgehen kann und weder sich selbst noch andere damit gefährdet. Auch wenn verschiedene Modelle auf dem Markt sind – das Vorgehen ist praktisch immer gleich: Das Gerät muss rasch herbeigeholt werden. Gut, wenn ein zweiter Helfer dann schon mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung beginnt. Nicht vergessen, den Rettungsdienst zu alarmieren oder alarmieren zu lassen!

Infokasten

Die automatisierten externen Defibrillatoren, kurz AED, helfen Ihnen durch Sprachanweisungen, einen Menschen zu retten, für den der Rettungsdienst zu spät käme. Die Statistik ist ganz einfach: Wird beim Kammerflimmern sofort geholfen, überleben (fast) 100 Prozent der Menschen. Wird nach 10 Minuten geholfen, liegt die Überlebenschance bei nahezu 0 Prozent. Die einzige Möglichkeit, die Überlebenschance beim plötzlichen Herztod zu erhöhen, ist die Reanimation und der frühzeitige Einsatz des Defibrillators. Die Verwendung des AED wird im Erste-Hilfe-Kurs gelehrt, ebenso die Herz-Lungen-Wiederbelebung. Das schafft zusätzliche Sicherheit für den Helfer. Und der wirklich einzige Fehler, der mit einem Defibrillator passieren kann, ist der, ihn nicht oder zu spät anzuwenden!

Defibrillatoren sind bereits weitverbreitet, wie hier am Flughafen Hannover.
Foto: Bundespolizei



Gerät öffnen und einschalten

Die Bezeichnung für den Einschaltknopf ist bei allen Geräten gleich, und die Defibrillatoren haben als Bedienelemente nur einen Einschaltknopf sowie den Strom-auslöseknopf. Die Geräte haben eine Sprachausgabe, die jeden notwendigen Schritt verständlich erläutert. Wichtig ist, die Herz-Lungen-Wiederbelebung vorerst nicht zu unterbrechen! Das Gehirn braucht Sauerstoff, notfalls reicht dafür sogar die alleinige Herzmassage aus!



Elektroden auf den Brustkorb aufkleben

Eine Elektrode kommt in den Bereich unterhalb der rechten Schulter des Patienten, die andere links unten seitlich an den Brustkorb. Einfache Skizzen auf den Elektroden zeigen genau die richtigen Stellen. Das Gerät misst nun selbstständig, ob Kammerflimmern vorliegt und daher ein Stromstoß sinnvoll ist.



Keine Angst: Der Defibrillator gibt von sich aus keinen Strom ab, der Sie oder andere treffen könnte.

Einen Stromstoß abgeben

Ob ein Stromstoß notwendig ist, sagt Ihnen das Gerät. Zusätzlich blinkt die Auslösetaste. Jetzt darf niemand den Patienten berühren, und Sie können den Strom durch Betätigen auf die Auslösetaste abgeben. Der Strom fließt dann nur für einen kurzen Moment.

Weitere Anweisungen beachten

Anschließend sofort die Herz-Lungen-Wiederbelebung fortsetzen. Nach zwei Minuten prüft der Defibrillator automatisch, ob das Herz wieder regelmäßig schlägt. Es erfolgt dann eine Sprachanweisung, ob weitere Defibrillationen durchgeführt werden müssen. Falls kein Kammerflimmern

vorliegt, wird das Gerät den Strom nicht aktivieren und Sie gleich auffordern, die Herz-Lungen-Wiederbelebung bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes fortzusetzen.

*Dr. med. Wulf-Thorsten Gerdtz
Fotos: Michael Frauenkron*





Der Weg führt zum Ziel oder Gewinn durch Verzicht: Fasten – ein Erfahrungsbericht

„Möchten Sie sich glücklich, lebensfroh und voller Tatendrang fühlen? Dann fasten Sie! Wollen Sie das Immunsystem regenerieren und den Kopf klar bekommen? Dann fasten Sie! Fühlen Sie sich gestresst und wollen Sie die ungesunde Lebensweise unserer hektischen Zeit hinter sich lassen? Dann fasten Sie!“

In einer Zeitschrift las ich vor einigen Monaten, dass immer mehr Deutsche fasten. Medizinische Studien belegen, dass Fastenkuren eine heilsame Wirkung haben. Die Angst vor dem Fasten sei unbegründet. Probleme habe der Mensch nicht mit dem Fasten, sondern mit dem Essen! Wer fastet, der hungert nämlich nicht – und wer hungert, der fastet nicht. Es ist bewiesen, dass eine dauerhafte Kalorienreduzierung das Leben verlängern kann. „Ich kann ja auch mal fasten ...“, sagte ich im Frühling vergangenen Jahres zu meinem Mann.



Frische Brunnenkresse für die abendliche Suppe

Im Internet fand ich schnell eine Fastenklinik in Bad Herrenalb (Baden-Württemberg), da ich nicht allein zu Hause fasten wollte. Von dort bekam ich gleich folgenden Rat: Freiwilliges Fasten erfordert eine entsprechende geistige Einstellung, denn der Mensch ist eine Leib-Seele-Einheit. In der Gemeinschaft fastet es sich leichter – gerade beim ersten Mal.

Ein halbes Jahr später war es dann so weit.



Für acht Tage mein neues Zuhause: die Fastenlinik in Bad Herrenalb

Samstag: Tag 1

Mein Magen bleibt heute den ersten Tag ohne feste Nahrung. Nach dem Erwachen wird mir das schlagartig bewusst. Zum Frühstück gönne ich mir – als schlechten Kaffeeersatz – eine Tasse grünen Tee. Zum Mittag dann eine ganze Kanne. Hunger stellt sich ein. „Was tue ich hier eigentlich?“ Diese Frage werde ich mir in nächster Zeit noch öfter stellen. Wie wichtig auf einmal Essen ist, wo es doch sonst allgegenwärtig, manchmal sogar nebensächlich ist. Gegen 17:00 Uhr komme ich in der Fastenlinik an. Conny und Reiner, die Betreiber der Klinik, begrüßen mich mit einem frisch gepressten, aber leider im Verhältnis 1:4 mit frischem Quellwasser verdünnten Möhren-Apfelsaft-Drink. Danach zeigen sie mir das ganze Haus – die Aufenthaltsräume, die Sauna und die Kapelle unter dem Dach. Am Abend gibt's dann eine heiße Fastensuppe mit – ein wenig – püriertem Wurzelgemüse und frischen Kräutern. Danach folgten noch ein Aloe-Vera-Drink und Schüßler Salze¹ zur Unterstützung des Fastens. Hungrig gehe ich ins Bett.

Sonntag: Tag 2

Die Sonne scheint. Um 8:00 Uhr breche ich zu einem kurzen Spaziergang durch den Schwarzwald auf. Muskulatur und Kreislauf kommen

in Schwung. Danach treffen wir uns zur Darmreinigung: dem Fastenbeginn mit Bittersalz. Ein halber Liter davon muss getrunken werden, um den Dünndarm zu leeren. Ich weiß, dass die ersten beiden Tage nach

dem „Bittern“ zäh werden. Ich fühle mich sehr schlapp und abgeschlagen. Trinke vier Liter Wasser und zwei Liter Tee. Ich verlasse mein Zimmer – und meine Toilette – nur zur abendlichen „Mahlzeit“ – Fastensuppe. Vor dem Schlafengehen dusche ich mit Seife aus Syrien und schlafe mit einem Leberwickel² selig ein. Ich träume sehr wild und sehr durcheinander.

Montag: Tag 3

Um 7:30 Uhr beginnt der Tag mit einem Kneippguss³, der mich ab jetzt jeden Tag um diese Zeit erfrischen soll. Mit Bademantel und Badelatschen geht es in den Keller, wo mich ein Ganzkörper-Kaltwasserguss erwartet. Mit dem Bademantel lege ich mich noch einmal für 30 Minuten ins Bett, und mir wird ganz warm. Noch eine Wanderung durch den schönen Schwarzwald, am Nachmittag dann die „Einlaufbesprechung“. „Körper und Seele machen Hausputz“, sagt Conny. Ich erzähle von meinen Träumen. Conny sagt mir, ich solle alle aufschreiben, sie hätten gerade in der Fastenzeit eine besondere Bedeutung. Vielleicht wird mir dadurch ja einiges bewusst, was noch verborgen lag? Abends dann die ersten beiden Einläufe. Und wieder frage ich mich: „Was mache ich hier? – Was tue ich mir selber an?“ Noch kann ich nur ahnen, dass Fasten mir gut tut. Mit Spannungskopfschmerz gehe ich

schlafen. Conny meint, ich müsse mehr trinken. Wenn der Dickdarm nicht ständig durchspült wird, können Stoffwechselprodukte in Form der Rückresorption über den Dickdarm in den Körper gelangen. Ein Liter Quellwasser steht neben dem Bett.

Dienstag: Tag 4

Morgens ist der Liter Quellwasser ausgetrunken. Mehrfach war ich in der Nacht auf der Toilette. Die Kopfschmerzen sind weg. Ich fühle mich wohl und leicht. Ein Löffel Honig stabilisiert meine weichen Knie. Der Frühtee schmeckt sehr lecker und zum ersten Mal vermisse ich das Essen nicht. Frisch und munter geht es zum Wandern in das Doblertal. Herrlich saftig grüne Wiesen und Bäume ergötzen unseren Blick. Wir atmen tief durch und genießen die wilde Natur. Unsere Sinne sind viel geschärfter. Das Wehen des Windes, das Knacken der Äste, das Plätschern des Wassers. An einem kleinen Bach finden wir Brunnenkresse und pflücken eine Handvoll für die abendliche Fastensuppe. Am Nachmittag informiert uns Conny über den Säure-/Basenhaushalt des Körpers. Welche Lebensmittel sind basisch, welche sauer? Welchen Einfluss haben die verschiedenen Nahrungsmittel auf die Funktion der Organe, was tut uns gut und was schadet eher? Müde gehe ich mit einem Leberwickel schlafen.

Mittwoch: Tag 5

Ich wache mit Wadenkrämpfen auf. Vor und nach dem Kneippguss trinke ich viel Wasser. Conny sagt beim Morgentee, dass die Wadenkrämpfe ein Zeichen dafür sind, dass ich immer noch zu wenig trinke. Am Vormittag sammeln wir Eicheln, Kastanien und Tannenzapfen für die Herbstdekoration. Am Nachmittag gönne ich mir eine

professionelle Fußpflege. Ich denke viel nach. Wo kann ich künftig gesunde Lebensmittel kaufen? Wie fein doch mein Geruchssinn geworden ist. Ich habe keinen Hunger, denke aber trotzdem viel ans Essen. Nach der abendlichen Klangmeditation gehe ich müde und entspannt ins Bett.

Donnerstag: Tag 6

Ich fühle mich wohl. Freue mich auf den Tag. Auch heute scheint die Sonne. Wie schön es draußen gleich aussieht, wenn die Sonnenstrahlen die Natur küssen. Ich freue mich auf den Kneippguss. Beim Wandern am Vormittag am Quellenweg finden wir einen Walnussbaum und füllen unsere Taschen mit Nüssen. Was die Natur uns doch für wundervolle Gaben schenkt! Wir tauschen die besten Walnusstortenrezepte aus und backen in Gedanken. Durch den vielen Möhrensaft hat sich meine Haut verändert – sie ist weich wie Babyhaut. Fast rosig und gesund sehe ich aus. Um meine Haut von den Ausscheidungsrückständen zu befreien, gehe ich am Nachmittag zur Kosmetikerin. Mir geht es gut. Ich habe einen freien Kopf und bin voller guter Vorsätze. In guter Stimmung und Vorfreude auf den nächsten Tag verbringen wir unseren letzten Fastenabend mit einer Kanne Tee.

Freitag: Tag 7 – Fastenbrechen

Heute wird nun der große Tag sein: Ich kann und darf wieder essen. „Fasten kann jeder Dumme, Fastenbrechen nur ein Weiser“, sagt Conny. Das sagt alles! Langsamer Aufbau erspart ein sonst böses Erwachen. Traditionell wird das Fasten mit einem Apfel oder einer heißen Kartoffel gebrochen. Allein der Duft dieser einen Kartoffel: absolut irre, der Wahnsinn!

Wie toll eine Kartoffel riechen kann! Wie wird sie erst schmecken? Die ersten Happen muss ich ganz langsam kauen, damit die Verdauungstätigkeit behutsam angeregt wird. Ich darf wieder kauen. Jetzt merke ich erst, wie mir das Kauen gefehlt hat. Endlich wieder was zwischen den Zähnen. Am Nachmittag besuche ich den Bioladen um die Ecke. Ich hole mir Ideen für zu Hause. Was werde ich alles kochen! Mein Hirn arbeitet auf Höchsttoure. In den prächtigsten Farben erscheinen mir meine Rezepte! Abends gibt's dann eine leckere Suppe mit Kartoffeln und Gemüse. Stückig und mit Biss. Wie toll es ist, essen zu dürfen!



Das Fastenbrechen: Nach sieben Tagen Fasten ist schon der Duft einer einzigen Kartoffel umwerfend.

Samstag: Tag 8 – Heimreise

Ich bin fit wie ein Turnschuh. Ausgeschlafen und voller Tatendrang. Heute geht es nach Hause. Zum Frühstück bekomme ich warmen Frischkornbrei. Er duftet herrlich warm nach Zimt. Ein Gefühl von leichter Sättigung stellt sich ein. Conny rät, dass wir auch in den nächsten Tagen nach dem Fasten Frischkost (Frischkorngerichte, frisches Gemüse und Obst) genießen sollten. Beim Abschlussgespräch

sagt sie, dass Fasten keine Methode zur Gewichtsreduktion, sondern ein bewusster Verzicht auf Nahrung sei. Das Ziel liegt in der Umstellung auf den Erhaltungstoffwechsel – auf die Ernährung aus vorhandenen Depots im Körper. Zu Hause angekommen, stelle ich mich auf die Waage: Als angenehmer Nebeneffekt habe ich tatsächlich fünf Kilogramm abgenommen.

Würde ich es wieder tun? Ein klares Ja!

Fasten tut nicht nur der Gesundheit gut, sondern auch Seele und Geist. Durch Wanderungen, Meditation und andere Entspannungstechniken, Denkanstöße und die Gemeinschaft Gleichgesinnter konnte ich körperlichen, seelischen und geistigen Ballast loswerden.

Text und Fotos: Ines Rabe

¹ Schübler Salze sind nach dem Begründer Dr. Wilhelm Schübler benannte und speziell aufbereitete homöopathisch „potenzierte“ Mineralsalze, die die Funktion der Körperzellen verbessern.

² Leberwickel unterstützen bei der Leberentgiftung. Dabei wird auf ein feuchtes Handtuch 20 Minuten lang eine Wärmflasche auf den rechten Oberbauch gelegt.

³ Kneippgüsse stärken die Abwehrkräfte. Dabei wird durch einen gebundenen, fast drucklosen Wasserstrahl ein Temperaturreiz auf die Haut ausgeübt.



Technik & Logistik

Die Bundespolizei taucht ab

Mit modernstem Gerät ausgerüstet und kältegeschützt verschwinden die Polizisten unter der Wasseroberfläche. Was sie suchen, wissen sie genau; was sie finden, nie. Ob in Flüssen oder Seen, in der Ostsee oder auf Malta – überall tauchen sie ab und sorgen für Sicherheit in Gewässern: die Polizeitaucher der Bundespolizei.

Die Fülle ihrer Aufgaben ist vielfältig: Die Taucher der Bundespolizei werden aufgrund ihrer modernen Ausstattung und hohen Qualifikation regelmäßig angefordert und eingesetzt.

So suchen sie beispielsweise bei Staatsbesuchen oder Veranstaltungen Gebäude und Schiffe vom Wasser aus nach unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen oder anderen gefährlichen Gegenständen ab. Bei Munitions- oder Nukleartransporten wie zuletzt anlässlich der Castortransporte tauchen sie in Hafenanlagen oder Flüssen. In Strafverfahren sichern die Polizeitaucher Beweismittel unter Wasser oder dokumentieren Feststellungen für ein späteres

Gerichtsverfahren an Land. Auch im Katastrophenfall kommen die Spezialisten zum Einsatz. So sicherten beim Oder- und Elbehochwasser 2002 Taucher der Bundespolizei Deiche und beseitigten Hindernisse.

Die Tauchergruppen werden bei Taucheinsätzen in Tauchereinsatztrupps in folgender Zusammensetzung gegliedert:

- Tauchereinsatzleiter
- Polizeitaucher
- Sicherungstaucher
- Leinenführer (Anzahl jeweils wie Polizeitaucher)
- Taucherhelfer
- Taucherrettungsanitäter

Darüber hinaus unterstützen sie häufig die GSG 9 der Bundespolizei als Sicherungstaucher bei Übungen. Gemeinsame Tauchereinsätze mit den Tauchergruppen der Polizeien der Länder, wie beispielsweise 1999 im Rahmen der Sonderkommission „Torso“, als tagelang der Elbe-Seitenkanal mit mehr als 100 Tauchern abgesucht wurde, sind aber eher die Ausnahme.

Die Bundespolizei verfügt derzeit über Polizeitaucher bei der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt und der GSG 9 der Bundespolizei. Die Direktion Bundesbereitschaftspolizei hält in ihren Bundespolizeiabteilungen Ratzeburg, Blumberg und

Einsatzbereit auch bei klirrender Kälte: eine Tauchergruppe trainiert das Eistauchen.



37

Sankt Augustin Tauchergruppen mit je 10 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt bis zu 8 Schiffssicherungstaucher und die GSG 9 der Bundespolizei weitere Polizeitaucher vor.

Einsatz über Grenzen hinweg

Seit 2007 unterstützt die Bundespolizei-Fliegerstaffel Fuhlendorf die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Frontex), um eine unkontrollierte Migration nach Europa im Mittelmeerraum zu unterbinden. Hierzu wurden Spezialkräfte für polizeiliche Lagebewältigungen und technische Maßnahmen in Gewässern benötigt. Polizeitaucher der Bundespolizei wurden dafür zu Air-Rescue-Spezialisten ausgebildet. Regelmäßig kommen sie seitdem im Mittelmeer zum Einsatz, um Menschen aus dem Wasser zu retten – zuletzt vor Malta und Sardinien sowie an den Küsten Griechenlands und Italiens.

Der Weg unter Wasser

Der Grundlehrgang zum Polizeitaucher dauert acht Wochen. Dabei werden theoretische Grundlagen beispielsweise in Tauchmedizin, -physik und Gerätekunde parallel zur Praxis im sogenannten Tauchtopf,

einem vier Meter tiefen Lehrbecken, und in der Schwimmhalle der Bundespolizeiakademie in Lübeck vermittelt. Der Lehrgang wird mit einer theoretischen und einer praktischen Prüfung unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammer Lübeck abgeschlossen.

Die Inhalte der Ausbildung zum Polizeitaucher und die Ausstattung werden ständig an die wachsenden Anforderungen angepasst.

Zuletzt neu aufgenommen wurde das Arbeiten mit dem sogenannten Hebesack, einem luftgefüllten Sack, der zum Bergen von Gegenständen unter Wasser und für deren Transport bis an die Oberfläche dient, oder die Verständigung mittels Ultraschalltelefon, das die kabellose Kommunikation unter Wasser ermöglicht. Erfahrene Polizeitaucher werden in der Beweissicherung und -dokumentation sowie der Suche nach unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen fortgebildet.



*Am Tarierjacket wird unter anderem das Abtriebsblei getragen, das die Wirbelsäule der Polizeitaucher entlastet.
Foto: Aqua Lung GmbH*

Polizeitaucher der Bundespolizei sind in erster Linie Polizisten und in ihrer Zweitverwendung Techniker mit einer Zusatzqualifikation als Polizeitaucher. Pro Jahr müssen sie 24 Mindesttauchstunden absolvieren, um ihre Tauchbefähigung zu erhalten. Dazu nehmen sie unter anderem an vier Fortbildungsmodulen der Direktion Bundesbereitschaftspolizei teil. Im Fokus stehen dabei der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der Tauchergruppen beim Eis- und Strömungstauchen, bei Bergeübungen oder der Arbeit mit Hydraulikwerkzeugen unter Wasser.

Anspruchsvolles Equipment

Bei ihren Einsätzen unter Wasser werden die Taucher der Bundespolizei seit dem Jahr 2002 durch das Leichttauchgerät Special Forces 2002 der Firma Aqua Lung GmbH mit Atemluft versorgt. Dabei handelt es sich um eine 200-bar-Technik mit zwei 7-Liter-Vorratsflaschen, die über eine Brücke verbunden sind. Deren Luft reicht für einen Tauchgang von etwa 45 Minuten bei einer maximalen Tauchtiefe von 15 Metern. Das Abtriebsblei mit einer Abwurfvorrichtung wird heute zur Entlastung der Wirbelsäule in seitlichen Taschen am sogenannten Tarierjacket getragen. Darin ist zusätzlich ein Rettungskragen integriert, der einen Taucher aus der Tiefe an die Wasseroberfläche zieht und ihn dort in einer Lage hält, die ihn vor Ohnmacht und Ertrinken schützt.

Einsatzmöglichkeiten und Grenzen

Möglich sind Einsätze der Taucherguppe zur präventiven Absuche von Gewässern, zur Bergung von Gegenständen aus Gewässern, zur wasserseitigen beweisicherten Dokumentation von Einsatz- und Eingriffsmaßnahmen, zur Markierung von Absperrlinien, zur Absuche von Bahnanlagen und Schutzobjekten gegen Manipulationen sowie zur Überwachung von Gewässern. Doch den Polizeitauchern sind auch Grenzen gesetzt. Hierbei handelt es sich um Schutzvorschriften zur Vorbeugung von Verletzungen oder

Todesfällen. So ist die Tauchtiefe auf maximal 50 Meter bei entsprechender Geräteausstattung begrenzt. Es darf nicht in kontaminierten Gewässern, nicht bei Gewitter und nicht in Höhlen- oder vergleichbaren Systemen getaucht werden.



Ein Polizeitaucher rüstet sich für den Tauchgang aus.

Außerdem darf nur so tief und so lange getaucht werden, dass keine Haltezeiten (Dekompressionsstufen) entstehen. Bei Tauchtiefen von mehr als 10 Metern muss innerhalb von drei Stunden eine Behandlungskammer erreicht werden können. Letztlich ist die Entschärfung von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen ebenfalls keine Aufgabe der Polizeitaucher und bleibt anderen Spezialkräften vorbehalten.

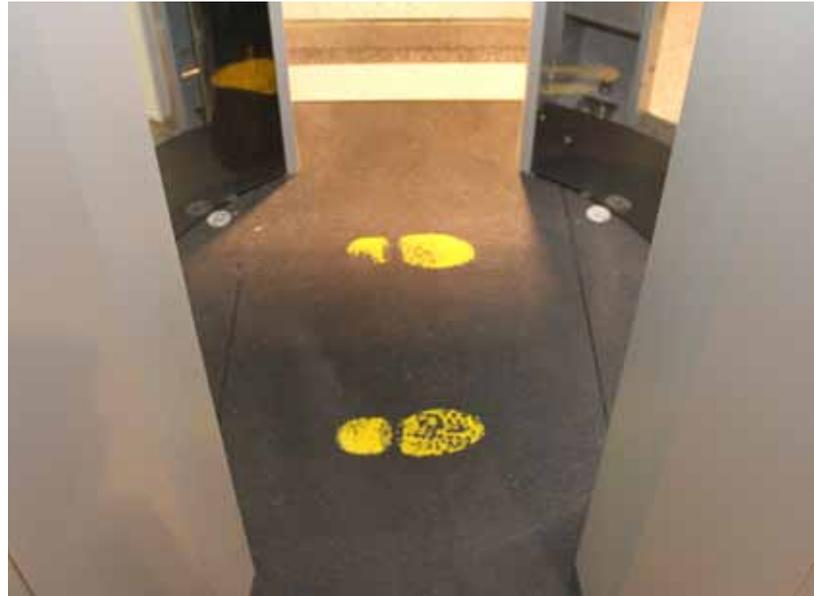
Thomas Albers
Stefan Finzenhagen
Fotos: Bundespolizei



Leichttauchgerät der Firma Aqua Lung GmbH versorgt die Polizeitaucher unter Wasser bis zu 45 Minuten mit Atemluft. Foto: Aqua Lung GmbH



Einer von drei Körperscannern vom Typ L3 Pro Vision, die am Frankfurter Flughafen im USA-Flugverkehr eingesetzt werden



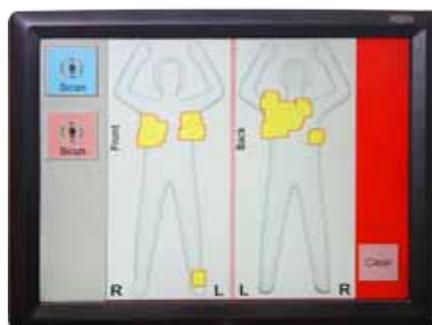
Selbsterklärende Markierungen informieren den Fluggast über die richtige Körperposition.

Körperscanner – ein großer Fortschritt in der Sicherheitstechnik

Er sieht aus wie eine übergroße Dampfdusche mit zwei Eingängen ohne Türen: der Körperscanner der neuesten Generation. Drei Stück davon setzt die Bundespolizei seit Ende November 2012 am Frankfurter Flughafen zur Kontrolle von Passagieren im USA-Verkehr ein.

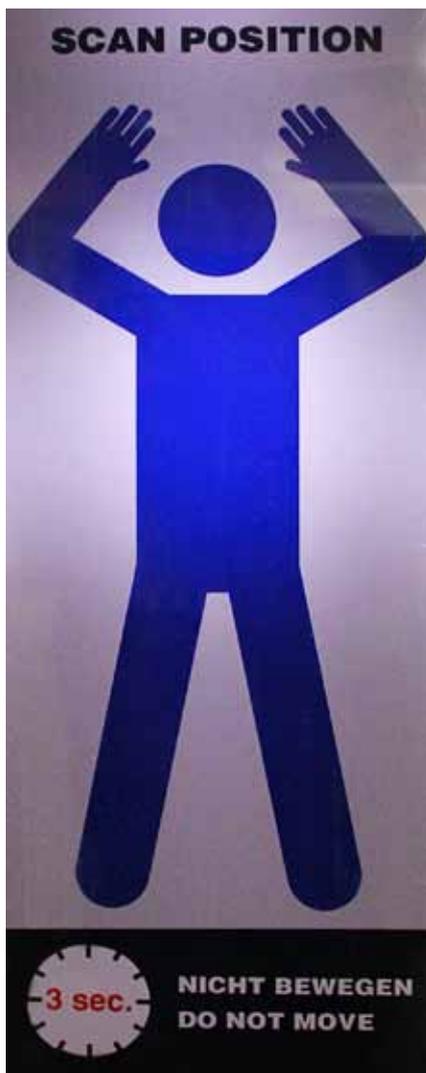
Für den Fluggast erfolgt die Nutzung auf freiwilliger Basis. Er kann zwischen der neuen Kontrolltechnik oder einer manuellen Kontrolle wie bisher wählen. Für ihn angenehmer ist sicherlich der neue Körperscanner, denn die eigentliche Kontrolle dauert nur etwa zwei Sekunden. Und tatsächlich entscheidet sich auch der Großteil der Passagiere für die Nutzung des Körperscanners. Im Idealfall muss sich der Fluggast von den Luftsicherheitsassistenten noch nicht einmal mehr berühren lassen. Es wird also nicht nur Zeit

gewonnen, sondern der Eingriff in die Privatsphäre verringert sich deutlich.



Das Gerät markiert an einem Piktogramm. Es werden keine realistischen Körperbilder wiedergegeben oder gar gespeichert.

Viele Fluggäste fragen sich allerdings: Speichert der Scanner tatsächlich echte Fotos der Reisenden und werden wirklich Röntgenstrahlen zum Abtasten benutzt? Nein, das tut er nicht! Das Gerät markiert an einem standardisierten Piktogramm Bereiche, die von der Anatomie des menschlichen Körpers abweichen. Es werden also weder realistische Körperbilder wiedergegeben noch gespeichert. Stellt der Scanner beispielsweise in der Brusttasche eines Reisenden einen Gegenstand fest, markiert er diesen Bereich für



Für die Kontrolle müssen die Reisenden eine aufrechte Körperhaltung einnehmen, die Arme über den Kopf heben und die Handflächen nach außen halten.

den Luftsicherheitsassistenten auf dem außen angebrachten Display mit einem gelben Rechteck auf dem Piktogramm. Der Luftsicherheitsassistent kann nun gezielt diesen Bereich nach einem Gegenstand absuchen. Eine vollständige manuelle Kontrolle des Fluggastes muss also nur noch in seltenen Fällen erfolgen. Auch hier wirkt sich die neue Kontrolltechnik für den Reisenden zeitsparend und weniger belastend aus. Hinzu kommt, dass der Körperscanner – im Gegensatz zur bekannten Torsonde – auch nicht metallische Gegenstände wie Keramikmesser oder Sprengstoff detektieren kann. Der Körperscanner führt deshalb auch zu einem deutlichen Sicherheitsgewinn.

Diese Kombination von gesteigerter Sicherheit, mehr Komfort und weniger Wartezeit bringt nicht nur für die Bundespolizei entscheidende Vorteile, sondern auch für den Passagier und letztlich auch die Fluggesellschaften und den Flughafenbetreiber.

Bedenkenlose Hightech?

Die am Frankfurter Flughafen eingesetzten Körperscanner des Typs L-3 ProVision arbeiten nicht mit Röntgenstrahlung, sondern mit der Millimeterwellentechnologie, die wir schon seit Jahren von Geschwindigkeitsmessgeräten, Abstandssensoren und Bewegungsmeldern kennen. Das Bundesamt für Strahlenschutz attestiert den Körperscannern, dass sie die geltenden Grenzwerte um ein 10 000-Faches unterschreiten. Dennoch führt die Bundespolizei bei Personen mit Herzschrittmachern, anderen medizinisch-technischen Hilfsmitteln oder eingeschränkter Mobilität weiterhin eine manuelle Luftsicherheitskontrolle durch, da diese Hilfsmittel durch den Scanner als Anomalien erkannt und angezeigt würden, was eine manuelle Nachkontrolle zur Folge hätte. Gleiches gilt übrigens für Passagiere, die größer als 2 Meter oder kleiner als 1,20 Meter sind, denn hier findet der Körperscanner seine baulich bedingten Grenzen.

Alles neu?

Bereits in den Jahren 2010 und 2011 führte die Bundespolizei am Hamburger Flughafen einen

Testlauf mit Körperscannern durch. Der damalige Einsatz wurde in den Medien kritisch diskutiert. Bei der Erprobung kam man allerdings zu dem Ergebnis, dass die Geräte grundsätzlich geeignet sind, um die Effizienz und Effektivität von Luftsicherheitskontrollen zu verbessern. Die jetzt in Frankfurt verwendeten Körperscanner sind mit einer deutlich optimierten Software ausgestattet und erfüllen nun auch die hohen Ansprüche der Bundespolizei an Sicherheit und Effizienz.

„Die Anforderungen an die Sicherheit im Flugverkehr steigen ständig. Die Bundespolizei prüft neben einsatztaktischen Anpassungen stets auch die Einbindung effizienter technischer Lösungen. Nach den vorliegenden Erfahrungen führt der Körperscanner zu einer deutlichen Verbesserung in der Leistungsfähigkeit des Sicherheitsprozesses“, erklärt Wolfgang Wurm, Leiter der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, in der die Körperscanner in die aktuellen Sicherheitsprozesse implementiert werden.

Christian Altenhofen

Die Nutzung des Körperscanners ist für die Reisenden freiwillig. Auch eine manuelle Kontrolle durch einen Luftsicherheitsassistenten ist möglich.





Leserbriefe

Zum Thema „Der Grenzgänger a. D. – Eine herbstliche Reminiszenz „

Als langjähriger Leser habe ich mich sehr darüber gefreut, dass die **kompakt** so ausführlich über den verdienstvollen General a. D. Thieser berichtet hat. Solche Berichte beweisen, dass Beamte im Ruhestand die einst beim BGS oder später bei der Bundespolizei Herausragendes geleistet haben, nicht in Vergessenheit geraten. Es wäre vielleicht überlegenswert, ob nicht künftig z. B. nach dem Motto „Was ist aus ihnen geworden?“ ähnliche Berichte über Ehemalige in der **kompakt** erscheinen sollten, die einmal in verdienstvoller Treue dem Bundesgrenzschutz bzw. der Bundespolizei gedient haben.

Horst Iderhoff, Simmozheim

Zum Thema Bundespolizei **kompakt**

Als ehemaliger BGS-Beamter nehme ich gerne durch die Bundespolizei **kompakt** an aktuellen Neuigkeiten teil. Gleichzeitig haben wir auch die Möglichkeit, in unserer BGS-Kameradschaft Lübeck Vergleiche zu unserer Dienstzeit und den völlig neuen Aufgaben der heutigen Bundespolizei zu erörtern. Vielen Dank dafür.

Jürgen Lipp, Eckhorst

Zum Thema „Vater werden ist (nicht) schwer...“

Über den Artikel „Vater werden ist (nicht) schwer...“ in der letzten Ausgabe der Bundespolizei **kompakt** habe ich mich ganz besonders gefreut. Wurde doch ein Problem dargestellt, das ich selbst erst vor Kurzem durchlebt habe.

(...) (Ich kann) in den Tenor des Kollegen Altenhofen nur einstimmen: Viele Stellen sind betroffen, alle sind bemüht, aber am Ende steht ein riesiges Chaos aus Faltblättern, Broschüren, Formularen und Ansprechpartnern. (...) Grundsätzlich gilt aber auch hier: Das Leben kennt immer einen Sachverhalt mehr, wer versucht alles zu regeln, regelt am Ende nichts. Deswegen ist es mir auch ein Anliegen, noch mal zu unterstreichen, was Herr Altenhofen ganz am Ende seiner Kolumne in einem Nebensatz erwähnt: Alle Beteiligten sind mit großer Empathie bei der Sache und erklären mit einer Engelsgeduld gerne auch

dreimal, wie der jeweilige Vordruck auszufüllen ist. Vielen Dank dafür!

Einen kurzen inhaltlichen Hinweis möchte ich mir auch noch erlauben: Einhergehend mit der Bewilligung des Antrags auf Kindergeld sollte beim jeweiligen Sachbereich Personal die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden beantragt werden. Diesen Punkt hat Herr Altenhofen in seinem Beitrag unterschlagen. Ein weiteres Indiz für die Unübersichtlichkeit des gesamten Verfahrens.

Abschließend noch mal ein großes Lob an die Redaktion: Das auf der Intranetseite ausgelobte Ziel, gewinnbringende Informationen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen und auch vor kritischen Themen nicht Halt zu machen, wird meines Erachtens in weiten Teilen erreicht. Weiter so!

Florian Scholz, Stuttgart

Aus der Antwort des Autors:

Vor allem bedanke ich mich ganz herzlich für Ihre positive Rückmeldung zu meinem Artikel, auch wenn ich es nach wie vor bedauerlich finde, dass fast jeder werdende Vater diese oder ähnliche Erfahrungen neu machen muss. Aber das gehört wohl auch zum Vaterwerden dazu.

Gerne greife ich Ihren Hinweis zur Arbeitszeitverkürzung auf eine 40-Stundenwoche auf, den ich keinesfalls unterschlagen wollte. Er fiel leider aus Platzgründen dem Rotstift zum Opfer. Durch Ihren Leserbrief geben Sie mir aber die Gelegenheit, eine weitere Anekdote anzuführen, die ich Ihnen und unseren Lesern nicht vorenthalte möchte.

Nachdem mir nämlich das Kindergeld gewährt wurde, ging meine Frau zur Bank, um dort die Zuschüsse für ihren Riestervertrag zu beantragen. Dies wurde ihr verwehrt, da nur demjenigen die staatlichen Zuschüsse zustehen, der auch das Kindergeld bezieht. Also alles wieder „umbeantragt“. Nun bekommt meine Frau das Kindergeld und auch den Zuschuss zu ihrem Riestervertrag. Meinen Antrag auf Arbeitszeitverkürzung hingegen habe ich erst gar nicht gestellt, da nur derjenige eine Arbeitszeitverkürzung in Anspruch nehmen kann, der auch Kindergeld bezieht. Gerne stimme ich Ihnen deshalb zu, wenn Sie schreiben, dass das Leben immer einen Sachverhalt mehr kennt.

Christian Altenhofen

Kolumne:

Vater werden ist (nicht) schwer ...

Ein Mitarbeiter der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, der seit zwei Jahren verheiratet ist, berichtet, wie er die Zeit der Schwangerschaft bis nach der Geburt und die damit verbundenen Behördengänge erlebt hat.

Sonntagmorgen. Die Januarsonne strahlt durchs Küchenfenster. Duftende Brötchen, heißer Kaffee auf dem Tisch – und ein Lächeln auf den Lippen meiner Frau, die gleich zwei gute Nachrichten parat hat: „Erschwerungsfall“ habe ich eine Gehaltserhöhung bekommen und zweitens – du wirst „Vater“! Übergroße Freude und Stolz kommen mich und wir reden in den folgenden Wochen fast nur noch darüber, dass wir Eltern werden. Wir planen die Einrichtung des Kinderzimmers und informieren

uns über Dinge wie Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld.

Meine Frau ist in einem Pharmaunternehmen beschäftigt und daher gesetzlich bei einer Betriebskrankenkasse, kurz BKK, versichert. Eher unbedeutend erschien mir daher auch das Schreiben der BKK, dass meine Frau aufgrund der Gehaltserhöhung die Beitragsbemessungsgrenze überschritten habe und daher keiner gesetzlichen Versicherungspflicht mehr unterliege: „Wenn Sie weiterhin freiwillig gesetzlich versichert sein wollen, ändert sich für Sie nichts.“ Alles klar. Im Hinblick auf die bevorstehende Geburt wollten wir ohnehin keine

private Krankenversicherung mehr abschließen. Die wäre zwar zunächst billiger gewesen, hätte aber während der Elternzeit weiterbezahlt werden müssen.

In der Folgezeit begleitete ich meine Frau zu verschiedenen Ärzten, bestaunte auf dem Ultraschall das Wunder der Schöpfung. Zwischen den durch informierten wir unsere Eltern, denen das wachsende Bäuchlein meiner Frau nicht verborgen geblieben war, dass sie Oma und Opa werden. Auch einige Kollegen sprachen mich auf das Bäuchlein an – allerdings auf meine! Tatsächlich kniff die Uniform und ich erinnerte mich an den Flyer „Ernährung in der Schwangerschaft“. Ich brachte ihn meiner Frau mit und verordnete mir selbst FdH ...

Schon frühzeitig informierte ich

SCHLÄFT IHR
AM SICHERSTEN

Rheinland-Platz

Arbeitskreis ANE Elternbrief
Mutter und Erziehung, v. ...
2. Ausgabe
Arbeitskreis ANE Elternbrief
Neue F...



Kwamena Odum und Thomas Wark übergeben das Schild der Initiative „Respekt!“ an den Präsidenten der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, Wolfgang Wurm. Das Schild wird zukünftig vor dem Dienstgebäude stehen (von links: Niko Miosga, Wolfgang Wurm, Betty Heidler, Kwamena Odum, Thomas Wark, Slobodan Komljenovic, Konstantinos Missios, Julia Grygas, Kris Rudolf).

„Respekt!“

„Respekt! Kein Platz für Rassismus“ ist eine aus dem Sportbereich kommende Initiative mit Sitz in Frankfurt am Main. Ziel von „Respekt!“ ist es, jedwede Benachteiligung – etwa aufgrund ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, wegen einer Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung – zu verhindern. „Respekt!“ will vielschichtig über Respekt und Toleranz informieren und zum Nachdenken und Diskutieren anregen. Namhafte Sportler und Institutionen unterstützen mittlerweile diese Initiative.

Am 19. Dezember 2012 übergab der ZDF-Sportjournalist Thomas Wark als Botschafter der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, Wolfgang Wurm, im Innenhof des Dienstgebäudes das Schild der Initiative als äußeres Zeichen der Unterstützung. Neben zahlreichen Beschäftigten

nahmen auch Prominente Gäste wie Bundespolizistin Betty Heidler, die Weltrekordhalterin und Bronzemedailengewinnerin im Hammerwerfen, oder der ehemalige Fußballspieler der Eintracht Frankfurt, Slobodan Komljenovic, sowie der Sportmoderator Kwamena Odum an der Veranstaltung teil. „Keine Veranstaltung dieser Art wurde vorher derart kontrovers diskutiert wie diese bei der Bundespolizei“, so der Botschafter der Initiative, Thomas Wark. Gerade vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen zu Racial Profiling und Übergriffen durch Polizeibeamte war es wichtig, ein Signal zu setzen, dass Respekt für uns Bundespolizisten am Flughafen Frankfurt/Main eine Selbstverständlichkeit darstellt, die eigentlich keiner besonderen Erwähnung bedarf. Präsident Wurm drückte es in der Pressekonferenz auch unmissverständlich aus: „Mit der Unterstützung der Initiative ‚Respekt! Kein Platz für Rassismus‘ möchten wir

öffentlichkeitswirksam ein klares Signal gegen Rassismus und Intoleranz setzen.“ Dies beweisen die Bundespolizisten am Frankfurter Flughafen jährlich 56,4 Millionen Mal. Gerade die Vielfältigkeit ihrer Aufgaben und der tägliche Kontakt mit Menschen aus der ganzen Welt erfordert ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Flexibilität sowie interkulturelle Kompetenz. Aber auch bei der Aufgabenwahrnehmung haben Bundespolizisten täglich mit sensiblen Themen wie Asyl, Abschiebung und Zurückweisung zu tun. Im Einzelfall stehen Polizisten bei Auseinandersetzungen zwischen Personen unterschiedlicher Nationalität deeskalierend zwischen den Fronten. Ihren Dienst erfüllen die Bundespolizisten in diesen sensiblen Bereichen stets mit Respekt und Toleranz.

*Christian Altenhofen
Foto: Bundespolizei*



Spenden für Helfer in Not:

Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG

Konto-Nr.: 683 680

BLZ: 370 605 90

Die Spenden werden ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen Zwecken verwendet. Die Geldzuwendungen können zweckgebunden erfolgen. Die Bundespolizei-Stiftung ist befugt, Spendenquittungen auszustellen.

Mehr erfahren Sie unter:
www.bundespolizei.de



BUNDESPOLIZEI